

## Wortprotokoll

## Öffentliche Sitzung

### **Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie**

31. Sitzung  
5. Dezember 2013

Beginn: 13.04 Uhr  
Schluss: 16.11 Uhr  
Vorsitz: Renate Harant (SPD)

#### Punkt 1 der Tagesordnung

- a) **Aktuelle Viertelstunde**
- b) **Bericht der Senatorin aus der Kultusministerkonferenz bzw. der Jugendministerkonferenz**

Siehe Inhaltsprotokoll.

#### Punkt 2 der Tagesordnung

#### **Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden/des stellvertretenden Vorsitzenden**

Siehe Inhaltsprotokoll.

**Vorsitzende Renate Harant:** Wir kommen zu

### Punkt 3 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0013](#)  
BildJugFam  
**Stand und Perspektiven der Lehrer/innenbildung in Berlin – wie geht es weiter mit dem Lehrerbildungsgesetz?**  
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)
- b) Vorlage – zur Beschlussfassung – [0167](#)  
BildJugFam(f)  
Haupt  
Wiss  
Drucksache 17/1219  
**Gesetz über die Aus-, Fort- und Weiterbildung der Lehrerinnen und Lehrer im Land Berlin (Lehrkräftebildungsgesetz – LBiG)**

#### Hierzu: Anhörung

Dazu ist eine Anhörung vorgesehen. Ich begrüße erst mal alle, die uns hier ihre Zeit zur Verfügung stellen, ganz herzlich und stelle sie Ihnen auch kurz vor. Ich fange mal rechts an: Herr Treptow von der Vereinigung der Oberstudiendirektoren des Landes Berlin und Schulleiter der Rosa-Luxemburg-Oberschule, daneben Herr Schuknecht, Schulleiter der ISS Friedensberg-Oberschule Berlin, und Frau Pinnig aus dem Vorstandsbereich Hochschulen und Lehrerbildung der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Landesverband Berlin. Dann sehe ich noch einen leeren Stuhl. Herr Prof. Dr. Kämper-van den Boogaart, Vizepräsident für Studium und Internationales von der Humboldt-Universität, wird sicherlich noch kommen. Dann begrüße ich auch noch Frau Hirschmann, die Vorsitzende der Berliner Landesgruppe des Grundschulverbands. Wir verfahren wie immer, das heißt, Sie haben erst mal die Möglichkeit, eine Stellungnahme abzugeben, die nicht so umfangreich sein soll, es wurde schon gesagt, fünf bis zehn Minuten. Dann gibt es die Möglichkeit zu fragen. Wird eine Begründung zu dieser Thematik von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gewünscht? – Frau Remlinger!

**Stefanie Remlinger (GRÜNE):** Nur ganz kurz! Ich glaube nicht, dass unklar ist, weshalb wir heute die Anhörung veranstalten wollen, aber ich wäre doch der Koalition dankbar für die Klarstellung des Zeitrahmens für die konzentrierte Beratung der einzelnen strittigen Punkte oder noch zu optimierenden Punkte in diesem Gesetzentwurf, den ich vorab auf jeden Fall als positiven Schritt bewerten will. Ich will nicht vergessen zu erwähnen, dass wir bei aller kritischen Auseinandersetzung viel Positives da sehen und uns einen großen Schritt vorwärts erhoffen. Trotzdem finden wir es schwierig, da der Gesetzentwurf lange gebraucht hat, um zu kommen, und offensichtlich weiterhin so große innerkoalitionäre Verwerfungen weiterträgt, dass wir jetzt unter Zeitdruck stehen, um es einzuführen, um den Hochschulen und Schulen zu ermöglichen, sich zeitnah vorzubereiten. Daher ist ein hoher Einigungsdruck da. Ich möchte ausdrücklich in den Raum stellen, dass der strittigste Punkt, den wir, glaube ich, alle im Raum sehen, die Masterstudiengänge sind. Da möchte ich Ihnen schon vorab anbieten, die Mehrheiten im Raum auch wahrzunehmen, weil mehr Fraktionen bereitstehen, den Entwurf mitzutragen, wenn Sie bei der Frage der Masterstudiengänge die richtige Entscheidung treffen wollen und es in der Koalition nicht schaffen.

**Vorsitzende Renate Harant:** Danke, Frau Remlinger! – Ich möchte Sie noch darauf hinweisen, dass Frau Pinnig und Frau Hirschmann vorab eine schriftliche Stellungnahme vorgelegt

haben, die Ihnen allen zugegangen sein müsste. Sie liegt heute als Tischvorlage vor. Dann können wir in die Anhörung einsteigen. Wir fangen von rechts an und arbeiten uns bei der Beantwortung der Fragen dann von links nach rechts durch. Ich bitte Herrn Treptow um seine Stellungnahme.

**Ralf Treptow** (Vereinigung der Oberstudiendirektoren des Landes Berlin): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrter Herr Staatssekretär Rackles! Meine Damen und Herren! Die halbjährlich tagende Bundesdirektorenkonferenz der deutschen Gymnasien, der ich als Stellvertreter des Bundesvorsitzenden angehöre, hat sich zuletzt im Herbst 2011 und nochmals im Herbst 2012 mit der Lehrerbildung beschäftigt, gleich zweimal, weil die Mehrheit der Gymnasialschulleiter noch immer ideologische Auseinandersetzungen um die Schulstrukturen in den Ländern führt trotz eines in vielen Ländern verkündeten Schulfriedens, trotz des Ergebnisses des Volksentscheids in Hamburg. Dabei wird jetzt eine Verlagerung dieser Auseinandersetzung auf andere Themen beobachtet, z. B. auf die Lehrerbildung. Aktuell können hier z. B. die Positionen der AFB vom letzten Wochenende in Hamburg oder von Marlies Tepe, der Bundesvorsitzenden der GEW, herangezogen werden. Letztere formuliert in dankenswerter Offenheit:

Eine Schule für alle, eine Ausbildung und eine einheitliche Bezahlung aller Lehrerinnen und Lehrer, dieser Dreiklang ist unser Credo für ein inklusives, zukunftsfähiges Schulsystem.

Das verdeutlicht, wie die Reform der Lehrkräfteausbildung als Ersatzfeld für eine – so wird es wohl offensichtlich eingeschätzt – nicht mehr offen führbare Schulstrukturdebatte genutzt wird. In diesem Sinne schätze ich zum vorliegenden Gesetzentwurf ein: Zu kurz und in die falsche Richtung gesprungen! Was nun als zu kurz, was als falsche Richtung interpretiert wird, das wird im Saal sicherlich sehr unterschiedlich gesehen. Ich möchte mich auf zwei Aspekte konzentrieren, a) auf die Definition der vorgeschlagenen Lehrämter, b) auf das Fehlen jeglicher Steuerungselemente im Gesetzentwurf.

Im Einzelnen: Der Gesetzentwurf sieht einen einheitlich zu erbringenden Umfang von 300 Leistungspunkten, einen einheitlichen Umfang von insgesamt sieben Monaten schulpraktischen Studien und einen Vorbereitungsdienst mit einer einheitlichen Dauer von 18 Monaten vor. All dies muss – das kann man kritisieren oder auch gutheißen – zu einer einheitlichen Bezahlung führen, doch dann stellt sich für Berlin die Frage: Bezahlung nach E/A 12 oder nach E/A 13? Eine Diskussion um E oder A muss nun heute wahrlich nicht in diesem Raum geführt werden, die Frage 12 oder 13 muss vertieft werden, zumal dazu im Gesetzentwurf keine Aussage zu finden ist. Sollte sich Berlin für 12 entscheiden, wäre das verheerend in dem sich verschärfenden Wettstreit der Bundesländer um den akademischen Nachwuchs. Die 12 würde für Berlin zu einer bildungspolitischen Wüste ohne Lehrernachwuchs für die weiterführenden Schulen führen. Demzufolge wird sich Berlin für die 13 und damit für eine Aufwertung des bisherigen Lehramts für Grundschulen entscheiden müssen. Doch dann sage ich: Zu kurz gesprungen, denn wenn das bisherige Grundschullehramt derart aufgewertet wird, dann muss es auch eine andere Ausrichtung bekommen. Es ist richtig, Berlin braucht für die Grundschule vor allem Fachlehrer. Diese würde man dann bekommen, wenn man als erstes der zukünftigen Lehrämter eines für die Klassen 1 bis 10 einführen würde. Natürlich kann man auch dort Deutsch oder Mathematik besonders betonen. Ebenso muss aber jedes weitere Fach der Sekundarstufe I als zweites Fach zugelassen werden. Folgt man der Logik eines

Lehramtes von 1 bis 10 wäre das zweite Lehramt, das eingerichtet werden muss, das Lehramt für die Jahrgangsstufen 5 bis zum Abitur mit jeder möglichen Zweierkombination von Unterrichtsfächern. Dieses Lehramt müsste sich unzweifelhaft am Bildungsgang und den Anforderungen des Gymnasiums orientieren. Für die Berliner Sekundarschule und die kooperierende Grund- und Sekundarschule, in Berlin auch Gemeinschaftsschule genannt, kämen nach dem von mir unterbreiteten Modell Lehrkräfte zweier Lehramter infrage, für das Gymnasium wären es nur die Lehrkräfte eines Lehramts. Der Kompromiss, in einem derzeit vorgesehenen einheitlichen Lehramt für die Sekundarschulen und die Gymnasien unterschiedliche Ausbildungen und Master einzurichten, ist notwendig, weil die beiden Schulformen Sekundarschule und Gymnasium sich sehr deutlich voneinander unterscheiden und weil eben nur ein kleiner Teil der Sekundarschüler zum Abitur geführt wird. Unideologisch wäre es aber, es würde hier unterschiedliche Lehramter für unterschiedliche Schullaufbahnen geben. Selbst das grün-rot regierte Bundesland Baden-Württemberg bekräftigt die unterschiedlichen Lehramter und schafft sie nicht ab.

Dem Kompromiss mangelt es auch an Ausgestaltung. So fehlt eine durch das Gesetz notwendige Definition der Leistungspunkte in den unterschiedlichen Masterstudiengängen. Hier kann man sich an dem Vorgehen in Brandenburg orientieren. Zumindest in den zu erzielenden Leistungspunkten, den Praktika und der zweiten Phase der Lehrkräfteausbildung müssen sich die zukünftigen Lehrkräfte an den Gymnasien und den Sekundarschulen klar unterscheiden. Das muss gesetzlich geregelt und darf nicht Ausführungsvorschriften überlassen werden. Gleichzeitig besteht die hohe Gefahr, dass die Umsetzung des dem Gesetzentwurf zugrunde liegenden Kompromisses scheitern wird, weil abzusehen ist, dass es kaum Bewerbungen für den Master eigens für die Sekundarschulen geben wird. In diesem Sinne ist der Kompromiss auch daher als faul zu bezeichnen, weil der Gesetzentwurf keinerlei Form von Steuerung vorsieht. Das eigene dritte Lehramt für die beruflichen Schulen ist nicht zu kritisieren. Ein ganz wichtiges eigenes, also viertes Lehramt fehlt aus meiner Sicht – ich will es hier nicht begründen, weil ich nur eine begrenzte Redezeit habe –: Lehrkräfte an den zu erhaltenden Förderschulen brauchen ein eigenes Lehramt.

Ich komme zum zweiten Schwerpunkt meiner Darstellung, dem Fehlen von Steuerungselementen. Meine Überzeugung ist, uns, denen die Bildungschancen künftiger Generationen und die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft am Herzen liegen, muss es gelingen, dass wir uns in allen Fragen zukünftiger Lehrkräftebildung vom Prinzip Zufall lösen. Es müssen Steuerungsmechanismen eingeführt werden. Diese Notwendigkeit besteht jetzt, denn auf die gesamte Bundesrepublik und ganz besonders auf Berlin kommt ein Lehrkräftemangel unvorstellbaren Ausmaßes zu bei gleichzeitigem Wettstreit um den akademischen Nachwuchs wegen der demografischen Entwicklung. Wir brauchen Steuerung, wenn wir nicht tolerieren wollen, dass die Gesellschaft die Ausbildung von Taxifahrern mit der Lehrbefähigung für Deutsch und Geschichte finanziert, gleichzeitig aber Lehrkräfte in den für die Zukunft unseres Landes so wichtigen Mangelfächern fehlen. Doch zuerst einmal brauchen wir den Mut zur Steuerung. In diesem Sinne ist der vorliegende Gesetzentwurf mutlos. Klaus von Dohnanyi hat am 24. Oktober in einem lesenswerten Interview der „Süddeutschen Zeitung“ auf die Frage: Sollte der Staat das Studienangebot steuern? – geantwortet: Als ich 2003 die Hamburger Hochschulkommission leitete, haben wir zum Ärger mancher gesagt: Weniger Geisteswissenschaftler, mehr Ingenieure. – Das war richtig, und es bleibt es wohl. Heute, zehn Jahre später, sehe ich u. a. folgende Notwendigkeiten für die Steuerung bei der Lehrkräfteausbildung Berlins für die kommenden zwei Generationen:

- a) Es müssen wirksame Anreize geschaffen werden, damit geeignete Abiturienten ein Studium für das Lehramt am Gymnasium aufnehmen, insbesondere in den Mangelfächern. Dazu gehören eine schulformspezifische Ausbildung im Studium, aus meiner Sicht die Verbeamtung und eine attraktive Besoldung.
- b) Generell müssen Stellenwert und Wertschätzung des Lehramtsstudiums an den Universitäten erheblich gesteigert werden. Dazu muss die finanzielle Förderung der Universitäten an die Schaffung entsprechender Kapazitäten und Absolventenzahlen für Lehramtsstudiengänge in den Mangelfächern gekoppelt werden.
- c) Nach dem Bachelor bedarf es einer Steuerung, die ermöglicht, bedarfsgerecht die Masterstudiengänge für die verschiedenen Lehrämter zu füllen. Das gilt insbesondere für den von mir zuvor als notwendig, aber faul dargestellten Kompromiss.
- d) Berlin muss die fachspezifischen Kapazitäten der Ausbildungsseminare in der zweiten Phase der Lehrerbildung am fächerspezifischen Bedarf ausrichten. Dieser muss jährlich landesweit erhoben und veröffentlicht werden.
- e) Die Einstellung gerade von Gymnasiallehrkräften muss einer langfristigen Planung folgen. Sinnvoll wäre es, geeignete Lehramtsstudenten vom Studienbeginn bis zum Berufseintritt durch großzügige Stipendien zu fördern. Dazu gibt es übrigens schon Förderprogramm, aber all diese vorhandenen Förderprogramm von Stiftungen und Unternehmen werden, so begrüßenswert sie sind, ins Leere laufen, wenn nicht an den zum Abitur führenden Schulen ein kontinuierlicher und qualifizierter Unterricht in den Mangelfächern überhaupt noch stattfinden wird. Der droht aber zu scheitern, weil sich ein Lehrernachwuchsmangel andeutet.

Zusammenfassend zu beiden Schwerpunkten: Ich halte den Gesetzentwurf bezüglich der definierten Lehrämter für unzureichend – wer es noch deutlicher will: für falsch –, weil nicht den Bedürfnissen der Realität an den Schulen entsprechend. – [Lars Oberg (SPD): An welchen Schulen?] – An allen! – Ich empfehle außerdem dringend, in dem Gesetz Steuerungselemente vorzusehen, damit die Berliner Schule in einem sich verschärfenden Wettstreit der Bundesländer um den Lehrernachwuchs handlungsfähig bleibt. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

**Vorsitzende Renate Harant:** Ich bedanke mich, Herr Treptow! – Ich möchte noch nachschieben: Natürlich wird ein Wortprotokoll erstellt, und unsere Sitzungszeit bei Anhörungen ist immer bis 16 Uhr. Das wäre also der Zeitrahmen, in dem wir uns auch heute bewegen sollten. – Herr Schuknecht! Jetzt sind Sie dran.

**Paul Schuknecht** (ISS Friedensburg-Oberschule Berlin): Sehr geehrte Damen und Herren! Ich danke für die Einladung. Ich bin in der glücklichen Lage, nicht als Verbandsvertreter zu sprechen und sprechen zu müssen, sondern ich bin aufgrund meiner Expertise als Schulleiter einer ISS eingeladen worden, die übrigens Friedensburg-Oberschule heißt. aber das ist verzeihlich. Wir genießen es, dass wir mit dem Begriff „Frieden“ in Verbindung gebracht werden, ob es Friedensburg oder Friedensberg ist. Allerdings geht es auf Ferdinand Friedensburg zurück, einen prominenten CDU-Politiker.

So erstaunlich Sie es finden werden, ich sage es trotzdem: Ich stimme in vielen Punkten Herrn Treptow zu. Ich finde insbesondere, dass man auch den Aspekt der Besoldung von Lehrkräften in Zukunft anders betrachten muss. Ich sehe ihn allerdings an einer ganz anderen Stelle

besorgniserregend. Wenn das Grundschulamt im Studiengang aufgewertet wird, was ich begrüße, dann muss das eine klar gleiche Besoldung und auch gleiche Arbeitsbedingungen zur Folge haben, sonst wird man keine Grundschullehrer mehr finden, denn – bei allem Idealismus – die Menschen sind nicht dumm. Ich stimme auch Herrn Treptow zu – das ist der erste Punkt –, dass diese Vorlage der zwei Masterstudiengänge nicht sinnvoll ist. Allerdings empfehle ich, in eine ganz andere Richtung zu denken oder zu gehen. Ich halte es für unsinnig zu behaupten, dass ein Lehrer eine Schulform unterrichtet. Ein Lehrer unterrichtet immer Schüler. Ich behaupte an dieser Stelle: Dann ist es wurscht, an welcher Schule er ist, ob an einem Gymnasium oder an einer ISS. Es ist ein riesiger Unterschied, ob er an einer Brennpunktschule in Nord-Neukölln oder im Wedding unterrichtet, wo es möglicherweise eine sehr schwierige – ich nenne diesen vagen Begriff mal – Schülerzusammensetzung gibt, oder am Rosa-Luxemburg-Gymnasium oder Beethoven-Gymnasium unterrichtet. Aber das sind Eckpunkte von verschiedenen Schulausprägungen, die in dieser Stadt überwiegend so gar nicht vorkommen. Diese Ausprägungen gibt es aber auch an einer einzigen Schule. Meine Schule z. B. hätte vor acht Jahren mühelos an dem Programm für Brennpunktschulen oder Turnaround-Schulen teilnehmen können aufgrund der Schülerzusammensetzung und auch eines resignativen Kollegiums, das sich aber in acht Jahren aus dieser schwierigen Situation herausgearbeitet hat und inzwischen mit einer gymnasialen Oberstufe von 340 Schülern und einem Abschnitt von 2,4 daherkommt. Das heißt, ich hätte, wenn ich bei den Lehrerausbildungen konsequent nach Schultypen oder der Schülerzusammensetzung hätte auswählen müssen, mein Kollegium austauschen müssen. Ich möchte damit nur deutlich machen, dass dem zukünftigen Lehrer an Oberschulen – ich rede nur darüber, weil ich über Grundschulen zu wenig weiß – unterschiedliche Schüler begegnen werden, und zwar an einer Schule oder durch Wechsel an verschiedenen Schulen. Es ist immer so beliebt, den Begabten, Bildungswilligen auf der einen Seite zu sehen, der im Glauben der Menschen immer auf dem Gymnasium verortet ist, und auf der anderen Seite den verhaltensauffälligen, schwererziehbaren und nicht lernen wollenden und könnenden Schüler, der an der ISS verortet ist. Es gibt beides an beiden Schulen. Der einzige Unterschied ist allerdings, dass sich das Gymnasium der verhaltensauffälligen oder bildungsunwilligen Schüler nach einer gewissen Zeit entledigen kann. Interessanterweise verbleibt doch der eine oder andere an den Schulen, weil auch Gymnasien darauf achten müssen, dass sie überhaupt ihren Standort erhalten. Also müssen sie auch den einen oder anderen Schüler mit zugedrücktem Auge oder einfach aus pädagogischer Verantwortung behalten. Das heißt, der Lehrer dort wird dieser Schülerklientel etwas bieten müssen. Genauso muss der Lehrer an einer ISS, wo es nur sehr wenige Schüler gibt, die in die gymnasiale Oberstufe gehen, diesen Schülern trotzdem etwas bieten. Ich war sehr erfreut über die kurze Notiz im „Tagesspiegel“ gestern, glaube ich, zu den PISA-Ergebnissen, dass China, das ja nicht unbedingt ein bildungspolitisches Vorbild sein muss, darauf setzt, dass die schwächsten Schüler die stärksten Lehrer brauchen. Ich würde gern zumindest in diese Richtung gehen: Wir brauchen gerade für schwache Lehrer – [Heiterkeit] – für schwache Schüler, Pardon, den Gedanken greife ich nachher noch mal auf, der gefällt mir –, wir brauchen gerade dann, wenn Schüler ungewöhnliche Verhaltensweisen zeigen oder ungewöhnliche Bildungskarrieren vor sich haben, weil möglicherweise Elternhäuser eben keine Nachhilfe bezahlen oder dahintersitzen können, Lehrer, die hochkompetent in ihrem Fach und flexibel genug sind, diesen Schülern zu begegnen. Ich habe an dieser Stelle eine etwas saloppe Formulierung, aber ich möchte sie trotzdem in den Raum stellen: Starke Schüler verführen zu schlechtem Unterricht, das heißt, die ertragen das auch. Schwache Schüler erdulden es nicht, sie können es nicht erdulden, sie brauchen also fachlich hochkompetente Lehrer.

Das andere Bild ist, dass wir immer glauben, für den verhaltensauffälligen Schüler gäbe es Patentrezepte. Wie soll der ISS-Lehrer ausgebildet werden, als Einzelkämpfer, oder wie stellt man sich das vor? Er muss etwas können, was jeder Lehrer können muss: Er muss mit Menschen umgehen, er muss Beziehungen pflegen können, er muss etwas über Erziehung wissen. Das ist am Gymnasium nicht anders. Das ist bei begabten Schülern nicht anders als bei weniger oder anders begabten Schülern. Es gibt meines Erachtens keinen entscheidenden Unterschied zwischen den Anforderungen an Lehrer in Oberschulen, weil sich der unterschiedlich strukturierte Schüler an jeder Schule findet. Im Sinne von Inklusion: Inklusion wird immer so als Umgang mit Behinderungen gehandhabt. Das ist nicht der Fall, und wir sollten auch dafür sorgen, dass sich endlich herumspricht: Es geht darum, mit der Einzigartigkeit von Schülern umzugehen, und dazu muss es Lehrer geben, die hochkompetent sind. Da kann man gar nicht genug tun.

Deswegen komme ich auf den zweiten Aspekt: Ich möchte, dass über das Praktikum nachgedacht wird, das wir sehr begrüßen. Ich finde es in mehrfacher Hinsicht sinnvoll, dass ein ausgedehntes Praktikum während des Studiums stattfindet. Wir sind allerdings auch der Meinung – also die Kollegen Schulleiter, mit denen ich mich darüber lange unterhalten habe –, dass es früher sein muss, dass der Lernende, der Student, die Möglichkeit haben muss, dabei herauszufinden, ob das wirklich der richtige Beruf für ihn ist. Wenn derjenige oder diejenige an dem Punkt ist, dass das Studium so gut wie beendet ist, dann ist es unglaublich schwer, jemandem zu sagen: Lass die Finger davon! –, denn dann sind die Auswege nicht mehr so weit. Wir erleben es immer wieder, auch im Referendariat, dass sich manchmal die Situation auftut: Man will jemandem abraten, aber man steht davor, dass jemand mit 27 Jahren am Ende seiner gesamten Ausbildungskarriere ist und dann noch mal bei null anfangen müsste. Also: Je früher, desto besser, finden wir. Allerdings gebe ich dabei auch zu bedenken, dass das zurzeit nicht realisierbar wäre aus zwei Gründen: Die Schulen müssen sich daran beteiligen können, es muss ja in Kooperation mit den Schulen passieren. Wir sind, wenn man Gerüchten folgen darf, mit einer Stunde Ermäßigung nicht sonderlich gut ausgestattet. Das ist zu wenig, und es ist insbesondere zu wenig, wenn man daran denkt, dass die Referendare ja auch der Betreuung bedürfen. Das zweite Problem, das wir haben, ist, dass die Qualifizierung der Lehrkräfte, die Mentoren sein sollen, nicht zureichend ist.

Damit komme ich überhaupt auf die Qualifizierung und Weiterqualifizierung von Lehrkräften. Ich denke, in der Lehrerfort- und -weiterbildung muss sich etliches tun. Wir müssen dort vermutlich mehr Ressourcen haben. Ich sage auch sehr streng: Wir müssen Lehrerinnen und Lehrer dazu verpflichten. Sie müssen nachweisen, dass sie es machen. Die ganze Freiwilligkeit in den vergangenen Jahren hat leider dazu geführt, dass es eben nicht gemacht wird. Aber auf der anderen Seite gibt es eben auch keine vernünftigen Angebote. „Keine“ ist vielleicht übertrieben. Es gibt zu wenig Lehrkräfte, die guten Unterricht machen, über ihren Unterricht reflektieren und außerdem noch fortbilden können. An dieser Stelle muss sich etwas tun. Das könnte man möglicherweise mit der Qualifizierung von Mentoren verbinden. Ich dehne das aus: Ich finde, Lehrkräfteweiterbildung muss auch im Bereich von Führungskräften viel früher ansetzen. Man wird nicht erst Führungskraft, wenn man Schulleiterin oder Schulleiter wird. Ich halte eine modulare Qualifizierung in Richtung, Führungsaufgaben zu übernehmen, für jeden Lehrer für ausgesprochen sinnvoll und notwendig, und es würde einem später manchen schwierigen Weg ersparen, zu diesen Ämtern zu kommen, also Menschen zu qualifizieren, diese Ämter zu übernehmen.

Ich fasse zusammen: Ich halte es für dringend notwendig, einen Studiengang für die Oberschule herzustellen. Ich orientiere mich an eigener beruflicher und Ausbildungserfahrung, an der bisherigen fachlichen Qualifizierung der Gymnasiallehrer. Die würde ich durchaus für alle Lehrer fordern, aber auch eine stärkere pädagogische Qualifizierung oder auch – ich nenne es – Handwerksqualifizierung. Zweitens: Praktikum früher und mit Ressourcen unterlegen in den Schulen und auch mit Personal, das qualifiziert wird. Drittens: Lehrerfort- und -weiterbildung systematisieren und ebenfalls personell stark unterfüttern. – Danke schön!

**Vorsitzende Renate Harant:** Danke, Herr Schuknecht! – Frau Pinnig ist jetzt an der Reihe. – Bitte schön, Frau Pinnig!

**Laura Pinnig (GEW):** Schönen guten Tag und vielen Dank für die Einladung! – Im Gegensatz zu Herrn Schuknecht bin ich ganz froh, hier den Verband zu vertreten, nämlich die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, für die ich ehrenamtlich in den Vorstandsbereich „Lehrer/innenbildung und Hochschule“ gewählt worden bin. Hauptamtlich bin ich Lehrerin an der Grundschule, Angestellte übrigens. Wir haben ja schon damals Stellung genommen, als Herr Baumert seine Ergebnisse vorgestellt hat, und dann auch zum Referent/inn/enentwurf. Ich wäre gern schon vor zwei oder drei Monaten hierhergekommen – obwohl, da waren vielleicht Sommerferien, das weiß ich nicht genau –, um mit Ihnen in diesem Zusammenhang über den Entwurf zum Lehrer/innen/bildungsgesetz zu reden. Ich finde es sehr bedauerlich, dass wir uns erst jetzt, im Dezember, darüber unterhalten und damit wahrscheinlich den zeitlichen Rahmen nicht mehr einhalten werden. Der ist ja nicht mehr zu schaffen, das wurde mir schon des Öfteren gesagt. Das heißt also, dieses Gesetz wird nicht mehr in diesem Jahr verabschiedet. Das ist sehr bedauerlich für einen weiteren Jahrgang, der in das kurze zwölfmonatige Referendariat gehen wird. Das ist sehr bedauerlich für all die Menschen, die endlich auf das Praxissemester gehofft haben und es schon wieder nicht bekommen. Das ist sehr bedauerlich für all die hochqualifizierten Menschen, denen es verwehrt wird, einen großen Master zu machen und die wieder mit einem kleinen Master ins Referendariat entlassen werden, ohne dass sie darauf irgendwelchen Einfluss nehmen konnten. Ich möchte Ihnen auch sagen, dass sich in den letzten Monaten viele Studierende an uns, die GEW, gewandt haben mit genau der Sorge, ob ihre Abschlüsse, die sie in Berlin erhalten, im Bundesgebiet überhaupt noch anerkannt werden. Viele haben sich genau aus diesem Grund auch entschieden, dieses Bundesland zu verlassen und in einem anderen Bundesland ihr Studium oder ihr Referendariat fortzusetzen, damit ihnen kein Strick daraus gedreht wird, dass sie hiergeblieben sind. Uns gehen mal wieder Fachkräfte verloren, aber das ist ja das alte Lied hier in Berlin.

Nun sitzen wir hier zusammen und reden über den Entwurf. Ich finde es im Wesentlichen auch richtig, was hier vorgeschlagen wurde. Wir sind natürlich für die endlich einheitliche universitäre Ausbildung aller Lehrämter, für den einheitlichen Vorbereitungsdienst. Ich weiß nicht, warum da automatisch immer gleich die A 13 aufgemacht wird. Wir sehen das genauso: Lange Ausbildung führt wahrscheinlich zur gleichen Qualifikation und natürlich auch zum gleichen Entgelt. Aber das steht ja nicht im Gesetz drin. Deswegen weiß ich auch nicht, warum das jetzt als Argument gegen ein ISS- und Gymnasiallehramt auf den Tisch gelegt wird. Da erschließt sich mir die Logik nicht so ganz. Ich möchte den Ausführungen von Herrn Schuknecht gar nichts großartig hinzufügen, weil er ganz deutlich gemacht hat, dass es widersinnig ist und damals auch von der Baumert-Kommission so festgestellt wurde, dass es zwei verschiedene Lehrämter für die Oberschule gibt, nachdem wir hier in Berlin ganz erfolgreich



die Schulstrukturreform eingeführt haben und die ISS nun auch zum Abitur führt. Ich möchte nur einen kleinen Punkt ergänzen, den Herr Schuknecht aus seiner Position als Schulleiter nicht genannt hat: Die Schüler an der ISS haben genauso ein Recht auf hochqualifizierte Lehrer in der Oberschule wie die am Gymnasium. Das sind keine schlechteren Schüler, das sind keine Schüler, die ein schlechteres Abitur verdient haben. Insofern ist es überhaupt nicht konsequent zu sagen: Die ISS-Lehrer brauchen eine andere Ausbildung. Alles Weitere hat Herr Schuknecht aber schon gesagt: Die Schülerschaft an beiden Schularten ist ähnlich hochbegabt oder kompliziert oder hochbegabt und kompliziert, das gibt es nämlich auch. Insofern rechtfertigt das keine zwei Lehrämter.

Ich möchte auch noch mal davor warnen – Herr Kämper-van den Boogaart wird bestimmt gleich noch sagen, wie es mit der Umsetzung an der Universität aussieht –, dass hier zwei Zeugnisse für zwei Studiengänge ausgestellt werden. Das ist wirklich nicht dienlich. Wir haben Studierende in unserer Beratung, die den einfachen Weg gehen und sagen: Okay, dann werde ich Gymnasiallehrer, denn ich möchte am Ende natürlich mehr Geld haben. Das ist klar. Um noch weiter mit den Studierenden zu argumentieren: Es fehlt aus unserer Sicht ganz klar die Beteiligung der Betroffenen, nämlich der Lehrkräfte an den Schulen sowie der Studierenden und der Referendare in den Steuerungsgruppen, die hier im Gesetz vorgeschlagen werden. Wir haben ja in unserer ausführlichen Stellungnahme bereits einen Vorschlag gemacht, wie eine partizipative Kommission aussehen könnte. Ich möchte nur noch mal an zwei Beispielen deutlich machen, wie wichtig es ist, tatsächlich alle Akteure der Lehrer/innen/bildung miteinzubeziehen. Als damals die Baumert-Kommission den Vorschlag für das Grundschullehramt gemacht hat, haben sich viele Studierende der UdK auf den Weg gemacht und für ihren Bereich, nämlich die musisch-ästhetischen Fächer, ganz deutlich gemacht, dass das nicht umzusetzen ist. Daraufhin gab es einen sehr kommunikativen und kooperativen Austausch auch mit der Senatsverwaltung in unterschiedlichen Runden, und ich glaube, da hat sich auf der Senatsverwaltungsseite ja auch viel bewegt. Das liegt vor allem daran, dass die Studierenden sehr plastisch deutlich gemacht haben, wo da ihre Bedürfnisse sind. Also: Wir reden hier nicht von Kindern, sondern von erwachsenen Menschen, die eine Meinung haben bezüglich ihrer Ausbildung, und diese Meinung sollte gehört werden.

Mein zweites Beispiel bezieht sich auf die Lehramtsanwärterinnen und -anwärter, die Referendarinnen und Referendare, die seit vielen Jahren, wenn nicht sogar Jahrzehnten für das Teilzeitreferendariat gekämpft und immer wieder auf den Tisch gebracht haben, wie schwierig es vor allem für junge Eltern ist, das Referendariat in der vorgegebenen Zeit zu meistern. Auch diese Stimmen wurden nun endlich erhört, und ich bin sehr glücklich darüber, dass nun endlich eine Teilzeitregelung für den Vorbereitungsdienst im Gesetz – im Ansatz jedenfalls – formuliert wurde. Wir sind guter Dinge, dass die Verwaltung das auch endlich umsetzen wird. Das ist vor allem ein Verdienst – Frau Scheeres hat es auch in der Friedrich-Ebert-Stiftung deutlich gemacht, als sie das verkündet hat – der Betroffenen. Deshalb möchte ich noch mal dafür plädieren, dass in den Steuerungs- und Kooperationsgremien, die im Gesetz vorgeschlagen worden sind, auch diese Akteure zu Wort kommen.

Der letzte Punkt, den ich hier noch anbringen möchte, sind die Zugangsregelungen zum Vorbereitungsdienst. Wir halten mal wieder diese Mangelfachquote, die hier vorgeschlagen wird, für rechtlich schwierig. Die GEW hat ja jahrelang immer wieder Lehramtsanwärter/innen oder Bewerber für den Vorbereitungsdienst erfolgreich in den Vorbereitungsdienst eingeklagt, weil diese Mangelfachquote rechtlich nicht haltbar ist. Also mein guter Rat an die Verwal-

tung: Tun Sie sich einen Gefallen! Nehmen Sie diese Mangelfachquote aus dem Gesetz raus, weil wir sonst wahrscheinlich wieder klagen müssen! Ich kann Ihnen noch mal deutlich machen, worum es hier geht: Die Senatsverwaltung stellt einen Bedarf fest in dem Moment, wo das Bewerbungsverfahren beginnt. Also zu diesem Zeitpunkt fehlen meinerseits Lehrkräfte im Fach Musik an der Grundschule. Das heißt aber nicht, dass in dem Zeitraum dieser Referendariate dieser Bedarf nicht doch gedeckt werden könnte mit Menschen, die dann aus dem Referendariat wieder rauskommen oder aus anderen Bundesländern hierherkommen usw. Das ist also eine rein fiktive Zahl, die jeglicher statistischer Prognose entbehrt, und insofern ist diese Mangelfachquote einfach nicht haltbar. Sie hat dazu geführt, dass sich Leute an der Liste vorbei ins Referendariat geschleust haben, während andere Leute 30 Monate auf ihr Referendariat warten müssen. Ich möchte darum bitten, dass dieser Passus aus dem Gesetz genommen wird. – Ich danke Ihnen herzlich, dass Sie mich eingeladen haben.

**Vorsitzende Renate Harant:** Danke auch, Frau Pinnig! – Jetzt begrüße ich Prof. Dr. Kämper-van den Boogaart, und er hat auch gleich das Wort. – Bitte schön!

**Prof. Dr. Kämper-van den Boogaart** (HU Berlin; Vizepräsident): Vielen Dank! – Ich schließe mich an und bedanke mich auch für die Einladung, sage auch gleich, dass hier bei mir auf dem Schild alles richtig geschrieben ist, sogar „Humboldt“, was nicht bei allen Studierenden immer der Fall ist – am Anfang ihres Studiums. Ich werde mich hier nicht als Verbandspolitiker oder Verbandsrepräsentant gerieren, sondern versuchen, den Prozess aus der Perspektive der Universitäten zu kommentieren. Da muss ich zunächst mal meinen Reflexen zur Kritik entgegenwirken. Hier haben wir es in unser aller Wahrnehmung mit einem Gesetzentwicklungsprozess zu tun, der wirklich formidabel ist. Wir haben einen Text vorliegen, der auf einer gründlichen Expertise fußt, die von den Leuten erarbeitet worden ist, die sich als Peers in der Szene wirklich auskennen. Ich meine damit zunächst die Baumert-Kommission. Auch am Bericht der Baumert-Kommission sind Vertreterinnen und Vertreter – so wie das bei Ihnen ja auch der Fall war –, auch der Universitäten beteiligt gewesen, gehört worden und natürlich auch kritisiert worden – nicht selten zu Recht. Auch der weitere Prozess lief durchaus interaktiv und vertrauensvoll, sodass wir jetzt leider nicht in der Situation sind, zu irgendwelchen „Basta!“-Reden vorzudringen und diesen Gesetzentwurf als ein weiteres Armutszeugnis des Staats zu verdammen. Nein, das ist nicht der Fall, sondern – wie die Berliner Universitäten auch vor dem Wissenschaftsausschuss deutlich gemacht haben – wir stehen positiv zu diesem Ansatz.

Ich will einige Punkte nennen, die uns zu diesem positiven Urteil motivieren, und damit anfangen, dass das Gesetz ja auch vorsieht, die Lehrerinnen- und Lehrerbildung an den Universitäten institutionell zu stärken. Gerade meine Universität sieht sich in ihren eigenen Anstrengungen darin bestätigt. Sie wissen vielleicht, dass die Humboldt-Universität mit der Professional School of Education ein Zentralinstitut kreiert, dies ganz bewusst auch in den Kontext unserer Anstrengungen zur Exzellenzinitiative gerückt und deutlich gemacht hat, dass eine Universität, die den Namen „Humboldt“ trägt, die Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern nicht als irgendetwas Sekundäres erachtet, sondern durchaus im Zentrum ihrer Anstrengungen reflektiert.

Ich greife dann auch den Punkt auf, der eben schon geltend gemacht worden ist: die deutliche Verbesserung der ersten Phase der Ausbildung von Grundschullehrerinnen und – wenigen – Grundschullehrern. Das ist wirklich etwas, was man sich von Universitätsseite in Berlin kritisch anlasten muss: wie bisher die Ausbildung oder das Studium von Grundschullehrerinnen und -lehrern passierte. Zwar gab es in der Grundschulpädagogik große Anstrengungen, viele sehr kreative Initiativen usw., aber gerade was die fachliche Ausbildung angeht, waren die zukünftigen Grundschullehrerinnen und -lehrer häufig ein wenig das fünfte Rad an einem Wagen, der sich möglicherweise auch noch in eine andere Richtung bewegte. Wir sehen uns mit dem Gesetz in der Aufgabe, zukünftigen Grundschullehrerinnen und -lehrern eine für ihre professionellen Bedürfnisse fachspezifische Ausbildung anzubieten. Das ist eine anspruchsvolle Aufgabe, schon deswegen, weil die jeweiligen Gruppen von Lehramtsstudierenden in diesen Bereichen ja nicht unendlich groß sind und die Universitäten die Anstrengung unternehmen müssen auszuhandeln, was tatsächlich die fachlichen Erfordernisse sind, die sich z. B. in diesen sinnvollerweise gesetzten Fächern Deutsch und Mathematik ergeben – sinnvoll deswegen, weil sie Schlüsselbereiche darstellen, in denen es darum geht, das Lernen auch weiter zu lernen und von vornherein den Lernprozess an der Schule aktiv gestalten zu können.

Was sind die fachlichen Inhalte, die jetzt im Fach Deutsch beispielsweise für Grundschullehrerinnen und -lehrer zuträglich, hilfreich sind? – Ich selbst bin Germanist und auch über längere Jahre Lehrer gewesen und hätte natürlich zu Goethe, Kafka und dergleichen geraten. Aber das ist wahrscheinlich nicht das, was im Zentrum steht, sondern es geht im starken Sinne auch um Sprachförderung, um fundierte, wissenschaftlich abgesicherte Arbeiten zum Schriftspracherwerb, um eine Erhöhung der diagnostischen Potenziale, die nicht nur pädagogisch, sondern eben auch fachlich abgerundet und fundiert sein müssen. Ich denke, dass uns das Gesetz den Rahmen dafür gibt, ein solches Studium zu organisieren. Wir werden dafür Wege gehen, die uns nicht immer leichtfallen. Z. B. werden wir uns mit unseren Freunden an der Freien Universität in Dahlem darauf verständigen, wo welche Schwerpunkte gesetzt werden, damit diese Klientel nicht überall als vernachlässigbare Gruppe untergeht, sondern tatsächlich ins Zentrum unserer auch fachlichen Bemühungen gestellt werden kann.

Sie hatten eben schon gesagt – das will ich auch nicht verhehlen –, dass die Kolleginnen und Kollegen an der UdK Probleme sehen, was die künstlerische Ausbildung angeht. Ich glaube, dass wir da aber auch in wechselseitigen Interaktionen zu Fortschritten kommen können, die uns letztlich zu einem Kompromiss führen werden.

Ich will jetzt gar nicht die Schulstrukturfrage ISS/Gymnasien bewerten. Das steht mir als Staatsbürger an, aber nicht als Vertreter einer Universität. Hier kann ich nur das sagen, was Sie eben auch schon angedeutet haben: Aus unserer Sicht muss für eine Ausbildung, die letztlich zur Fakultas für das Abitur führt, eine inhaltliche, das heißt curricular identische Gestaltung vorhanden sein. Insofern kann ich nicht sehen, mit welcher Legitimation man zukünftigen ISS-Lehrerinnen und -Lehrern bestimmte fachliche Kompetenzen entziehen sollte. Ich glaube, dass das auch letztlich den Ansprüchen nicht gerecht wird, die die Berliner Schulstruktur im weitestgehenden Konsens erforderlich macht. Insofern bin ich aus bildungswissenschaftlichen Gründen sehr entschieden für eine starke curriculare Affinität zwischen ISS und Gymnasium. Ich darf außerdem noch das bestätigen, was Sie eben gesagt haben: Mir ist es selbst sehr häufig passiert, dass ganz viele zukünftige Lehrerinnen und Lehrer nach dem Bachelor, der bislang offen ist für den Bereich L2 oder L4, also für das Lehramt in Sekundarstufe I und für das Gymnasium, gesagt haben: Ja, ich wäre eigentlich gern an einer Gesamtschule, ich will das auch durchaus machen, aber ich bin mir nicht sicher, ob ich das mein ganzes Leben als Lehrerin oder Lehrer so haben will. – Insofern ziehen sie dann die Konsequenz, doch nicht in den gegenwärtig kleinen Master zu gehen, sondern den L4-Master zu wählen, der auf zwei Jahre ausgelegt ist und eine größere Flexibilität innerhalb einer professionellen Lebensperspektive darstellt. Ich glaube, dass das ein sehr rationaler Entscheidungsprozess ist. Der führt dazu, dass wir an den Universitäten bislang sehr kleine Kohorten haben, und es spricht nichts dafür, dass sich das von sich aus ändern sollte, für diese Zielsetzung L2 bzw. Sekundarstufe I und höchstwahrscheinlich auch für ISS. Auch das spricht dafür, dass wir die Durchgängigkeit unbedingt maximieren müssen, was beide Studiengänge angeht, falls es überhaupt zwei Studiengänge sein müssen. Mir wäre ein Zeugnis mit unterschiedlichen Diploma Supplements sehr viel lieber. Ich bin mir eigentlich sicher, dass das auch die Auffassung der Akkreditierungsagenturen sein wird, die diese Studiengänge später inspizieren werden. Insofern ist es auch das sehr eindeutige Plädoyer der Universitäten für eine maximale Durchlässigkeit von ISS und Gymnasium, möglichst in einem ausdifferenzierten Studiengang, der fachlich keine Abstriche für ISS-Lehrerinnen und -Lehrer vorsieht.

Ich will noch ein Wort zum Praxissemester sagen. Auch hier teile ich die Erfahrungen, die in der GEW gesammelt worden sind, nämlich dass es viele Studierende gibt, die es sehr bedauern, nicht in den Genuss eines solchen Praxissemesters zu kommen. Wir an der Universität hatten uns sehr darauf eingestellt, mit diesem Praxissemester loszulegen. Wir haben es auch zu einem Schwerpunkt in unserem Bund-Länder-Antrag „Qualitätspakt Lehre“ gemacht, hierfür auch wissenschaftliches Personal zu binden, das uns in diesem Praxissemester unterstützt. Die müssen jetzt andere Sachen machen, weil es so lange dauert – was sehr schade ist. Wir sehen in dem Praxissemester die große Chance, die Studierenden auch dahin zu bringen, über die eigene und reflektierte Erprobung ihrer Unterrichtspraxis oder -performanz zusammen mit den Schulen zu kleinere explorativen Studien zu kommen. Wir haben selbst an der Humboldt-Universität ein dichtes Netz von Partnerschulen, die wir in Analogie zu Lehrkrankenhäusern in gewisser Weise als Ausbildungsschulen sehen, wo wir sehr bemüht sind um eine starke, dichte Kooperation mit den Mentorinnen und Mentoren an der Schule. Das wird nur funktionieren, wenn es sowohl für die Schulen als auch für die Universitäten und die ihnen anvertrauten Gruppen, nämlich Schülerinnen und Schüler und Studierende, einen Gewinn darstellt. Wir haben da diverse Projekte in der Pipeline, die wir jetzt auch – salopp gesagt – verdammt gerne mal realisieren würden. Deshalb auch hier: Das Praxissemester stellt uns vor Herausforderungen, es zwingt uns, mit für manche lieb gewordenen Routinen zu brechen, aber wir finden diese Herausforderungen gut, und wir wollen sie auch annehmen. – Ich erspare mir jetzt irgendwelche Details aus diesem Gesetz, weil ich schon das Bedürfnis habe, im Namen der Universitäten oder zumindest im Namen meiner Universität zu sagen, dass wir diesem Gesetz eine gute Zukunft wünschen. Vielen Dank!

**Vorsitzende Renate Harant:** Danke, Herr Prof. Kämper-van den Boogaart! – Jetzt als Letzte Frau Hirschmann, bitte!

**Inge Hirschmann** (Grundschulverband): Vielen Dank, dass Sie dem Grundschulverband auch noch ein paar Minuten zuhören wollen! Ich schließe mich meinem Vorredner an. Ich hätte nicht „formidabel“ gesagt, aber wir hatten auch schon zu dem Entwurf der Baumert-Kommission Stellung bezogen. Wir finden dieses Lehrerbildungsgesetz bemerkenswert positiv und hätten ohne die eine Änderung, die ja heute auch stark im Raum steht, sicherlich nur geschrieben: „zukunftsweisender Vorschlag“. Jetzt haben wir ihn ein bisschen eingeschränkt. Sie wissen, es geht um die Neuordnung der Lehrämter. Ich würde gern etwas im Detail zu der Neuordnung der Lehrämter sagen, zur Stärkung der Fachlichkeit, zum Bereich Inklusion und ganz kurz zum Praxissemester und Lehrerbildungszentrum und dem einheitlichen Vorbereitungsdienst. Diesen ziehe ich mal vor. Ich komme gerade aus einer Prüfung zum zweiten Staatsexamen und habe heute wieder jemanden erleben müssen, der nur ein Jahr Ausbildungszeit hat und nicht mal das, weil sie sehr früh in der Prüfung ist. Sie ist jetzt im Dezember eine der ersten Prüflinge, und es war sichtbar: Sie hätte mit „sehr gut“ abgeschlossen, wenn sie noch ein halbes Jahr gehabt hätte. Ich erzähle das, weil ich aus der Begründung eingangs so ein bisschen gehört habe, man solle die Entscheidung nicht übers Knie brechen. Aber ich bitte Sie, diese Entscheidung über das Gesetz auch nicht zu lange hinauszuzögern, denn es gibt momentan einiges, das dringend geändert werden muss, und dazu gehört dieser verkürzte Ausbildungsgang für Referendare. Zu der Neuordnung der Lehrämter schließe ich mich Herrn Schuknecht und meinen anderen Vorrednern an: Wir haben es sehr begrüßt, dass es immer weniger verschiedene Lehrämter gibt, und als Grundschullehrerin kann ich Ihnen sagen, dass wir ein hohes Interesse an einer Gleichbehandlung oder Gleichberechtigung haben, auch was die Bezahlung, die Aufstiegschancen, den Einsatz im Unterricht und die Wert-

schätzung insgesamt angeht. Das schien uns im Baumert-Gutachten vollkommen erfüllt zu sein. Es ist momentan etwas schwierig und aus unserer Sicht auch widersinnig, wenn man eine Oberschule und eine Sekundarschule hat, die eigentlich beide zum Abitur führen sollen.

Das Zweite, wozu ich noch mal Stellung nehmen möchte, ist die Fachlichkeit. Auch ich habe in langjähriger Erfahrung als Schulleiterin bemerkt, dass es über die langen Jahre, die man seit dem Studium und dem Staatsexamen in der Schule ist, schwierig mit der Fachlichkeit von Grundschullehrerinnen und -lehrern ist. Insofern begrüßen wir das sehr. Die Frage ist allerdings – ich finde die Gesamtbewertung eines Gesetzes immer deshalb sehr schwer, weil es ja noch sehr viele nachgeordnete Verordnungen und auch die großen Veränderungen an den Universitäten geben wird, die Sie ansprechen–: Was für ein Curriculum wird es geben, wenn jemand als Grundschullehrer Deutsch und Mathematik studiert? Ich glaube, die Wichtigkeit ist schon von meinen Vorrednern benannt worden. Bei der hohen Qualifizierung, die Menschen brauchen, um Grundschulern die Basisqualifikationen für das Lernen überhaupt mitzugeben, und bei der ganzen Vorbereitung für die Fächer wird man noch mal genauer hingucken müssen: Ist es das konkrete Fachwissen der Mathematik oder von Humboldt und Goethe und wen man da alles so kennenlernen könnte? Die Frage ist, wie man etwas vermittelt. Ich glaube, wir haben hier in der Stadt alle die Erfahrung mit jahrgangsübergreifendem Unterricht gemacht. Ein großes Problem ist da meines Erachtens die Kompetenz der Lehrerinnen und Lehrer gewesen, mit der großen Heterogenität umzugehen und ihr Wissen umzusetzen, das manchmal bei einem überalterten Kollegium auch nicht mehr so ganz frisch ist. Insofern muss man da den Universitäten momentan ein bisschen Vertrauensvorschuss geben, dass sie ihre Fachdidaktik auf Vordermann bringen und auch durch Finanzierung von Forschung unterstützt werden – vielleicht ein bisschen weniger Empirie. – Herr Rackles! Ich habe vorhin, als ich kam, Ihre Bemerkung zu PISA gehört. Vielleicht müssen wir nicht mehr so viel zählen, sondern an die inhaltliche schulische Qualität ran.

Die gezielte Steuerung der Kollegen, die fachlich ein Kollegium bereichern können, macht mir auch immer Sorgen. Wir haben ja in Berlin dankenswerterweise immer noch die sechsjährige Grundschule. Das heißt für uns, in den Klassen 5 und 6 brauchen wir tatsächlich die Fächer. Ich möchte das an der Stelle unabhängig von den Streitereien zwischen unseren Hochschulen und Universitäten sagen: Eine Vernachlässigung der künstlerischen Fächer halte ich für, ich will nicht sagen, katastrophal, aber sehr kontraproduktiv zum Lernen. Das heißt, nicht nur bei Deutsch und Mathematik, weil die sich so gut in VERA und ähnlichen Arbeiten abprüfen lassen, sondern auch bei den Naturwissenschaften, anderen Formen des Lernens, des entdeckenden Lernens und auch bei Kunst und Musik würden wir die Fachlichkeit gern gestärkt haben. Vor allen Dingen – das wird nachher davon abhängig sein, wie gesteuert wird – geht es darum, dass man im Kollegium genügend Fachkräfte hat und dass dieses Pendel momentan nicht in die Richtung ausschlägt zu sagen: Wir machen jetzt nur noch Fachunterricht in den Grundschulen, und dann wird das schon alles besser. – Ich glaube, in den Grundschulen ist sehr viel fachübergreifende Kompetenz gefragt und sehr viel Wissen und Fähigkeiten: Wie kann man mit Kindern in heterogenen Gruppen umgehen?

Ich freue mich, dass die Inklusion wieder Eingang in § 1 gefunden hat. Ich hatte auch schon mal einen Entwurf in der Hand, da war das im Lehrerbildungsgesetz nicht so weit vorangekommen. Insofern hat es die Wichtigkeit, die wir auch sehr begrüßen. Wir begrüßen auch die Veränderung im Bereich der Sonderpädagogik. Wir sind der Meinung, dass die Sonderpädagogik eine zugeordnete Kompetenz der allgemeinen Pädagogik, also subsidiär ist. Von heute

auf morgen ist die UN-Konvention nicht umzusetzen. Aber ist es nur eine Frage des sonderpädagogischen Wissens, das an die Regelschullehrer herangetragen werden muss, oder ist es nicht ein prinzipielles Umdenken zur inklusiven Bildung und inklusivem Unterrichten? Da wird man noch mal genauer hingucken müssen. Ich habe hier ein Zitat aus dem Gesetz, aus § 1:

Den pädagogischen und didaktischen Basisqualifikationen in den Themenbereichen Umgang mit Heterogenität und Inklusion sowie Grundlagen der Förderdiagnostik kommt dabei eine besondere Bedeutung zu.

Es geht nicht nur um Förderdiagnostik. Das ist nicht nur eine Umverteilung, dass ein anderer das Lernen, die emotionale und soziale Entwicklung und Sprache macht, sondern es geht tatsächlich um einen veränderten Unterricht. Das kann man im Gesetz alles so gut akzeptieren, da wird es wichtig sein, wie nachher die Verordnungen und die einzelnen Ausprägungen aussehen, und da wird es auch wichtig sein, wie die erste und die zweite Ausbildungsphase laufen.

Wir haben da noch offene Fragen, die man klären muss. Bei dem, was wir so ein bisschen die harten Fächer der Sonderpädagogik nennen, wie Umgang mit Kindern mit Autismusstörungen, mit geistigen Behinderungen oder auch dem Spezialgebiet Hören, ist uns zurzeit nicht ganz klar, wie ein Studium von nur noch einem Fach mit Deutsch und Mathe zusammen überhaupt funktionieren kann von der Menge her und wie intensiv man das macht. Wir haben uns im Grundschulverband darauf geeinigt, dass es wichtig wäre – das finden wir auch aus anderen Gründen wichtig –, wenn man der dritten Phase – das ist die längste im Leben eines Lehrers, diese Phase nach dem zweiten Staatsexamen – eine besondere Aufmerksamkeit gibt und noch mal klare Vereinbarungen, auch im Nachgang zu diesem Gesetz, mit den Universitäten trifft, was Weiterbildungskurse sein müssen. Dann kann man sich das sehr gut vorstellen. Ich nenne jetzt ein Beispiel: Das Unterrichten von Kindern mit Autismusstörungen ist nicht prinzipiell etwas, was ich studieren muss, um an dem Förderzentrum zu arbeiten, sondern ich brauche es in der Regelschule, um, wenn ich so ein Kind habe, ganz schnell und flexibel Hilfe zu holen und mich da auch ein Stück beim Tun weiterzuqualifizieren. Da wäre es gut, wenn es ganz eindeutige Vereinbarungen gäbe – so, wie ich die Universitäten kenne, sind auch schon Finanzierungsgedanken im Raum, wie man so was nachhaltig über die Jahre liefern kann. Der andere Aspekt bei der Inklusion, der mir immer wichtig ist und zu kurz kommt, ist die Erfahrung mit Schulentwicklung. Wir machen jetzt schon einige Zeit Schulprogrammentwicklung, Evaluierung und alles Mögliche. Da fehlt es z. T. an Kompetenz, das muss dringend von der ersten bis zur letzten Lehrphase immer wieder in die Fortbildung rein. Das würde uns in den Schulen auch sehr helfen.

Praxissemester: Ich finde den Gedanken wunderbar, dass wir ein bisschen mehr auf Augenhöhe kommen bei denen, die in der Praxis mit den Kindern arbeiten, und denen, die möglicherweise eine Studie nach der anderen veröffentlichen oder Messungen machen und manchmal Fliegenbeine zählen. Von daher finde ich den Ansatz im Gesetz ganz gut. Man muss noch mal genauer hingucken, wie diese Forschungsprojekte von Studierenden in Schulen stattfinden. Ich glaube, da braucht es eine hohe Sensibilität, wenn Studenten kommen und hinten im Unterricht sitzen und die Lehrer da irgendwie beobachten, wieder rausgehen und dann eine Studie verfassen. Das braucht auch Zeit. Ich meine jetzt nicht, dass man sich lange daran gewöhnen muss, sondern es muss in Absprache passieren, was da genauer erforscht werden soll.

Umgekehrt sage ich für meine Kollegen: Wir müssen lernen, viel mehr Offenheit zu haben für das, was sich ändert und was erneuert werden muss in unserem Tun, weil einfach die Kinder anders geworden sind. Das könnte aber bei diesem Praxissemester gut funktionieren.

Die Mentorenfrage ist angesprochen worden. Wenn wir jetzt in eine Zeit kommen, wo fast jeder genommen werden und an jeder Schule seine Ausbildung machen muss, muss man noch mal gucken: Wie vermeidet man es, dass junge Menschen in schlechte praktische Situationen kommen? Die Vorstellung von Ausbildungsschulen fände ich viel besser, aber ich würde sagen, sie ist momentan nicht praktikabel. Trotzdem sollte man Standards haben für eine Schule, die ausbildet. Die Mentorenausbildung würde ich auch als Bereicherung sehen, weil das quasi „on the job“ immer wieder einen neuen Input gibt, der auch im Kollegium bestimmt ankommt.

Zu dem Vorbereitungsdienst habe ich schon etwas gesagt: 18 Monate, am besten gestern verwirklichen! Beim Lehrerbildungszentrum habe ich ein bisschen Sorge bei dreien, wie die Absprachen konkret mit uns in den Schulen stattfinden sollen. Das finde ich erst mal schwierig, aber es ist offensichtlich so entschieden worden. Man muss gucken, ob man da später nachsteuern kann.

Ich würde Ihnen gern noch ein paar Punkte sagen, die ich als offene Fragen formuliere. – [Vorsitzende Renate Harant: Aber machen Sie es kurz, bitte!] – Ja, ich bemühe mich! – Es geht darum, sich die Fort- und Weiterbildung noch mal genauer anzugucken, ob das, was in den zwölf Bezirken läuft, sinnvoll ist, gerade auch in Bezug auf Inklusion, wenn Sie so viel Interesse haben, diese UN-Konvention auch ein Stück weit von oben nach unten tragfähig zu installieren. Ich würde Sie bitten, die Empfehlungen vom Beirat für Inklusion umzusetzen. Nr. 17 war, die Ressourcen für Fort- und Weiterbildung für Schulen für die nächsten Jahre sicherzustellen. Ich würde Sie bitten, genauer hinzugucken: In den Grundschulen reden wir nicht mehr nur noch von Lehrkräften, sondern auch von Erzieherinnen, die schon entscheidende Verantwortung auch in den Unterrichtsbereichen übernehmen. Dieses heiße Eisen: Was sind deren Aufgaben? – muss unbedingt angefasst werden und die Fort- und Weiterbildung der Erzieherinnen auch. Als Letztes bitte ich Sie, nicht zu vergessen, dass alles mit Schulentwicklung zu tun hat und dass das auch Kompetenzen sind, die frühzeitig über die drei Phasen festgelegt werden sollten. – Ich danke für Ihre Geduld.

**Vorsitzende Renate Harant:** Danke, Frau Hirschmann! – Jetzt haben wir die Möglichkeit, Nachfragen zu stellen, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! – Frau Remlinger, bitte!

**Stefanie Remlinger (GRÜNE):** Vielen Dank! – Vielen Dank an alle Anzuhörenden! Vielleicht eine Klarstellung: Sehr geehrte Frau Hirschmann! Ich glaube, Sie haben meine Eingangsbemerkung falsch verstanden. Ich möchte klarstellen, dass auch wir sehr erfreut sind über dieses, wie es der Herr Professor genannt hat, Gesetzentwicklungsvorhaben und dass ich mich mit der Bemerkung zum Zeitplan lediglich darauf bezogen habe, dass ich Sorge habe, dass angesichts des – wie wir zeitungsöffentlich vernehmen mussten – weiterbestehenden Dissenses innerhalb der Koalition die Beschlussfähigkeit in nächster Zeit nicht gegeben sein könnte. Da bitte ich noch mal um eine ausdrückliche Klarstellung seitens der Koalition, ob wir im Januar mit einer Beschlussfassung rechnen können, ob mit oder ohne Änderungsanträgen aus der Koalition zu diesem Gesetzesvorhaben. Das war meine Sorge, nicht, dass wir die fachlichen Punkte, die wir hier noch diskutieren, nützen wollen, um das noch ein Jahr aufzu-



halten, sondern eher in die Richtung, dass man einzelne Punkte noch schärfen oder nachverhandeln will. Dazu hätten wir in den nächsten Jahren bei vielen Punkten auch noch Zeit.

Ich wollte Sie drei, Herrn Schuknecht, Herrn Prof. Kämper-van den Boogaart und auch Sie, noch mal zu dem Praxissemester fragen. Sie schienen mir über zwei unterschiedliche Zielstellungen im Hinblick auf das Praxissemester zu sprechen. Ich habe Sie, Herr Schuknecht, stärker – ich sage es mal verkürzt – berufsorientierend verstanden, absichernd, dass die richtige Berufswahl getroffen wird, während Sie beide stärker in die Richtung gingen: Das Praxissemester könnte auch ein Teil dessen sein, was wir uns erhoffen, nämlich stärkere Qualitätssicherung und -entwicklung im Kontext der internen Schulentwicklung. Ist das vereinbar, oder überfrachten wir dann das Praxissemester mit Erwartungen? Die Frage an den Senat wäre: Kriegen wir das konzeptionell klargestellt, was wir eigentlich mit dem Praxissemester meinen, wie Sie es auch terminiert haben?

Ich möchte weiterhin fragen, weil Sie, Herr Prof. Kämper-van den Boogaart, die Stichworte Kafka und Goethe genannt haben – darüber habe ich letzte Woche schon im Jugendforum diskutiert und stelle die steile These in den Raum: Das braucht man nicht, um durchs Leben zu kommen, wiewohl ich beide gern gelesen habe –: Inwiefern sehen Sie mit der Neuorientierung auch eine Neuorientierung in der Allgemeinbildung in Richtung Kompetenzorientierung am Start? – Das führt mich zu einer Frage an Herrn Treptow: Ich begrüße ausdrücklich, dass Sie keine ideologischen Schulstrukturkämpfe wollen. Das will ich auch nicht. Ich möchte Sie fragen – auch auf der Ebene auch meines Interesses, die Leistungsfähigkeit der Berliner Schulen zu heben –, warum wir aus Ihrer Sicht in Ländervergleichen nicht nur in den Gruppen der sogenannten leistungsschwächeren Schüler bundesweit schlecht dastehen, sondern auch zu schwache Kohorten der leistungsstarken Schüler produzieren – wenn ich das Wort mal benutzen darf –, die alle Voraussetzungen im Hinblick auf ihre familiären und sozialen Hintergründe haben, in allen diesbezüglichen Merkmalen praktisch keine Unterschiede zu anderen Bundesländern oder auch international haben. Trotzdem bringen wir auch nicht die prototypische Steglitzer Gymnasiastin zu so einer hohen Leistungsfähigkeit, wie das andere tun. Wo würden Sie da ansetzen? Inwieweit besteht – das habe ich nicht verstanden – ein Dissens zwischen Ihnen und Herrn Schuknecht auf der Ebene, dass wir sagen, wir brauchen durchweg fachlich hochqualifizierte Lehrer auf gymnasialem Niveau auch für die ISS? – Ich mache hier einen Punkt. Die Kollegen haben bestimmt noch mehr Fragen.

**Vorsitzende Renate Harant:** Danke, Frau Remlinger! – Herr Delius, bitte!

**Martin Delius (PIRATEN):** Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Auch von mir ein herzliches Dankeschön für die ausführlichen Beiträge! Es ist ja immer ein bisschen schwierig, wenn auf die Zeit geachtet werden soll. Ich finde es gut, wenn sich die Anzuhörenden dann auch mal nicht kurz fassen, sondern ausformulieren, was sie denken. Auch von uns ganz klar: Das Gesetz geht in die richtige Richtung. Ich habe es in der Anhörung im Wissenschaftsausschuss schon gesagt: Ich habe manchmal beim Lesen den Eindruck, dass es hinter dem Diskussionsstand, den wir auch in diesem Haus bezüglich des Berichts der Baumert-Kommission hatten, an manchen Stellen ein bisschen zurückbleibt. Dennoch sehen wir vier große Probleme, Sie haben sie z. T. auch genannt: zum einen dieses große Thema, ob es ein Lehramt für die Oberstufe gibt oder nicht. Das wird aber wahrscheinlich am ehesten zwischen den Koalitionsparteien entschieden werden. Unsere Position – da kann ich Frau Remlinger nur noch mal unterstützen – ist da ganz klar: Ehe man jetzt einen Kompromiss macht, der wahrscheinlich ein fauler Kompromiss ist, sowohl was das Studium angeht, als auch was den Effekt angeht, der daraus für die Schullandschaft entsteht, macht man ein Lehramt. Ich glaube, in dem Haus gibt es ähnlich wie für das Wahlalter ab 16 eine breite Mehrheit dafür. – Das politisch dazu.

Der zweite Punkt ist die Organisation der Praktika. Da kommen auch gleich noch mal ein paar Fragen. Der dritte Punkt ist die Fachlichkeit im Grundschullehramt. Ich habe mich sehr gefreut, dass Frau Hirschmann darauf noch mal eingegangen ist. Da habe ich auch noch eine konkrete Frage in Bezug auf die Organisation dieses Studiums in Brandenburg. Ich weiß nicht, ob Sie darüber informiert sind, wie das Studium an der Uni Potsdam funktioniert. Zum Zeitraum wollte ich klarstellen: Es ist natürlich so, dass wir wahnsinnig spät dran sind im politischen Prozess. Das haben Sie jetzt auch alle gesagt. Wir haben auch schon die Anhörung im Wissenschaftsausschuss gehabt, Herr Prof. Kämper-van den Boogaart hat darauf hingewiesen. Von unserer Seite ist klar, dass das zum Wintersemester 2014/15 nicht vollständig umsetzbar ist. Das soll uns jetzt hier nicht dazu bewegen, uns noch Zeit zu lassen, aber eine umfangreiche Diskussion ist schon notwendig.

Jetzt zum Grundschullehramt: Frau Hirschmann! Ich sehe es ähnlich wie Sie, dass eine Konzentration auf Deutsch und Mathematik, so nachvollziehbar sie in dem ganzen gesellschaftlichen Diskurs auch sein mag, dazu führen kann, dass gerade musische Fächer hintendran bleiben. Ich finde es nicht gut, insbesondere vor einem integrationspolitischen Ansatz, weil ich glaube – das gehe ich auch ein bisschen auf Herrn Kämper-van den Boogaart ein –, dass gerade die Fähigkeit, sich selbst Wissen anzueignen, nicht ausschließlich, aber doch auch in den musischen Fächern, in der Persönlichkeitsbildung, im Austausch mit Schülerinnen und Schülern und in kreativen Lehransätzen gefördert werden muss, gerade in der Grundschulphase. In Brandenburg gibt es jetzt ein Modell, ein ähnliches Modell sieht auch Die Linke in ihrem Änderungsantrag zu diesem Gesetz vor, den sie gestern vorgestellt hat, in dem eine flexiblere Lösung zwischen 33 und 87 Leistungspunkten mit verschiedenen Kombinationen aus Deutsch, Mathematik, Grundschulpädagogik bzw. Bildungswissenschaften und musischen Fächern möglich ist. Würden Sie einen solchen Ansatz gegenüber dem jetzt gewählten Kompromiss – es ist ja schon ein Kompromiss mit der UdK ausgehandelt worden – befürworten? Oder sehen Sie da ganz andere Probleme kommen? Ich beziehe mich auf die schon geänderte Lehramtsausbildung in Brandenburg.

Die Frage des Zeitpunkts des Praxissemesters ist ja auch schon aufgekommen. Ich habe jetzt herausgehört – Sie können mich berichtigen, wenn das nicht zutrifft –, dass Sie es gern eher hätten. Herr Kämper-van den Boogaart schüttelt den Kopf. Uns wäre es lieb, wenn es im ersten Mastersemester stattfinden würde. Herr Treptow schüttelt auch den Kopf, er kann dazu auch gleich noch was sagen. Da interessieren mich die Argumente, was dafür oder dagegen spricht. Im Moment ist es ja so, dass es flexibel gehandhabt werden soll. Mich interessiert: Gibt es damit Probleme in der Organisation? Dazu kann vor allem Herr Kämper-van den Boogaart etwas sagen. Mich würde auch vom Grundschulverband interessieren, welche Vor- und Nachteile Sie bei bestimmten Zeiträumen sehen.

Ein ganz wichtiges Thema für uns ist das Praxissemester in Teilzeit. Das ist auch teilweise schon angesprochen worden, ähnlich wie das Referendariat in Teilzeit, das wir auch für unbedingt notwendig halten und das ja teilweise jetzt schon möglich ist auch ohne das Gesetz, wie ich gehört habe. Da habe ich auch an die HU die Frage: Ist es möglich? Welche Probleme sehen Sie da? Was können wir da noch tun?

Zu den Partnerschulen: Wir haben ja im Wissenschaftsausschuss nicht nur die Frage der Partnerschulen bzw. der Ausbildung und Fortbildung der Mentorinnen und Mentoren besprochen. Da gibt es die PSE, die ist da ja weit vorn, das haben Sie schon angedeutet, die hat quasi einen Vorsprung. Wie ich von Herrn Kipf gehört habe, haben Sie diese um die 20 Kooperationschulen. Auch die sind ja schon weit vorne, was das angeht. Die haben schon den Zugang zur Universität, es gibt die ersten Fortbildungsprogramme. Zwei Fragen, auch an die Anzuhörenden: Was wäre Ihnen lieber, das, was Frau Hirschmann gesagt hat, im Zweifel eher eine Ausbildungsschule, oder Kriterien für alle Schulen zu finden, damit möglichst breit, örtlich und fachlich breit, die Kooperation eingegangen werden kann? Zweitens, zur Mentorinnen- und Mentorenausbildung, habe ich von Herrn Kipf auch gehört: Alles kein Problem! – Jetzt haben Sie etwas Ähnliches gesagt. Sie haben ganz viele Projekte und Ideen. Ich glaube, es ist auch herausgekommen, dass wir alle kein vorgezogenes Referendariat mit Hospitation haben wollen, sondern in Richtung forschendes Lernen gehen wollen. Was bräuchten Sie denn, was ist ungefähr Ihre Idee von einer vernünftigen Mentorinnen- und Mentorenausbildung? Die Zielsetzung forschendes Lernen, Erwachsenenbildung – da habe ich einen Konsens herausgehört. Da können Sie mich auch wieder berichtigen. Aber was ist der Zeitraum? Ich möchte mir das vorstellen können. Wie lange braucht eine Lehrerin oder ein Lehrer, um Ihrer Meinung nach auf diese zusätzliche Belastung vorbereitet zu sein?

Wie schätzen Sie bei der jetzt möglichen Dreifächerkombination im Grundschullehramt die Nachfrage für das zusätzliche Kunst- und Musikfach ein? Das würde mich auch interessieren. An die GEW: Wie schätzen Sie die Organisation der zweiten Phase bei dieser Drei-Fächer-Kombination ein? Wir freuen uns alle darüber, dass es 18 Monate sein sollen, aber ich stelle mir vor, dass es ein Unterschied in der Ausbildung ist, gerade im Referendariat, ob ich nur zwei Fächer oder drei Fächer habe. Wie ist das organisatorisch?

Ich habe noch zwei Fragen an den Senat: Im Gesetzentwurf steht auf Seite 3, dass die Stellungnahme aus Brandenburg aussteht. Im Wissenschaftsausschuss haben Sie gesagt, sie sei immer noch nicht da. Ich möchte nachfragen: Ist sie inzwischen da? – Das Zweite ist: Wann kriegen wir voraussichtlich die Verordnungen? Die hätte ich gern, ich glaube, nicht nur ich, sondern auch die Universitäten und alle anderen Beteiligten. Die Frage muss man mal stellen. – Danke schön!

**Vorsitzende Renate Harant:** Dann ist Frau Kittler dran. – Bitte!

**Regina Kittler (LINKE):** Auch wir haben schon mehrfach gesagt, dass wir den Gesetzentwurf in weiten Teilen für einen guten und mutigen halten, der aber, wie schon gesagt, leider zum Teil hinter Baumert zurückbleibt. Ich hoffe, das können wir noch heilen. Allerdings – da bin ich sofort beim Kollegen Delius – können wir das Gesetz in Gänze gar nicht beurteilen, da sämtliche Verordnungen fehlen. Jetzt frage ich Sie konkret: Welche Teile fehlen in dem Gesetz und dürfen nicht über Verordnungen geregelt werden? Welche möchten Sie im Gesetz geregelt haben?

Ich habe jetzt schon mehrfach gehört, dass man mit der UdK auf einem guten Wege sei. Ich möchte den Senat fragen: Was ist der gute Weg? Ich bin ja auch im Dialog mit der UdK, und die hat durchaus noch Probleme. Also würde ich gern mal ein bisschen was Konkretes hören. Wir unterstützen – das haben wir auch schon nach Baumert gesagt – die Einführung von Sonderpädagogik als zweitem Studienfach, eine Grundausbildung zur Inklusion und natürlich auch die überfällige Einführung des Praxissemesters. Der Zeitdruck ist hier schon dargestellt worden. Ich habe gestern im Wissenschaftsausschuss schon gesagt, dass wir es nicht für realistisch halten, dass zum nächsten Wintersemester überhaupt begonnen werden kann. Deshalb will ich an den Senat die Frage stellen: Welche Teile des Gesetzes halten Sie ab dem Wintersemester bzw. ab dem nächsten Schuljahr schon für durchsetzbar? Konkret möchte ich wissen: Sehen Sie vielleicht die Möglichkeit, wenn wir das andere schon nicht schaffen, z. B. den Vorbereitungsdienst schon so, wie im Gesetz vorgesehen, durchzuführen? Das würde ich z. B. als Möglichkeit sehen. Wie sehen die Anzuhörenden das? Könnten Sie hier auch mitgehen?

Hinsichtlich der merkwürdigen Teilung des Masterstudiengangs in ISS und Gymnasium schließe ich mich voll den Kritikern bei den Anzuhörenden an. Ich glaube, das muss ich hier nicht noch mal erklären. Die Frage an die Anzuhörenden wäre in dem Zusammenhang, welche Befürchtungen sie haben, wenn das jetzt wirklich so gemacht wird, wie es im Gesetz steht. Ist das überhaupt rechtskompatibel? Oder ist hier nicht zu erwarten, dass das gar nicht abgenommen wird? Herr Prof. Kämper-van den Boogaart, Sie haben so was vorhin schon angedeutet.

Die Mentorenvorbereitung – da geht meine Frage sowohl an den Senat als auch an die Anzuhörenden –: Ich sehe das sehr kritisch. Das schaffen wir auch nicht zum nächsten Schuljahr. Was brauchen wir hier an Vorbereitung, bevor wir überhaupt loslegen können? Was hat der Senat vorgesehen? Wie ist hier der Zeitplan? Außerdem würde ich gern wissen, ob – das ist eine Frage an die Schulpraktiker – die personelle Ausstattung an den Schulen so, wie wir sie jetzt haben, überhaupt ausreichend ist für diese neuen Aufgaben, die sie mit dem Praxissemester dann leisten sollen.

An Inge Hirschmann habe ich noch zwei konkrete Fragen. Ich habe mir selbstverständlich die Stellungnahme schon mal angeschaut. Das Wort „Schmalspurlehramt“ ist ja jetzt nicht gefallen. Das hätte ich gern noch mal erklärt. Mir fehlt auch ein bisschen die Begründung für den fünften Punkt, wo Sie sagen, wenn wir mehrere Unis mit Zentren für Lehrerbildung haben, dann würde das die Kooperation erschweren. Können Sie noch mal erklären, warum Sie das befürchten?

An den Vertreter der Humboldt-Uni habe ich die Frage: Wie realistisch sehen Sie den Zeitrahmen? Ich habe schon gesagt, ich glaube nicht daran, dass wir das zum Wintersemester schaffen können. Wie sieht das die Humboldt-Universität? Schaffen Sie es, die Studienordnung fertigzubekommen? Haben Sie den entsprechenden Vorlauf für eine Studienberatung für die Abiturientinnen und Abiturienten, die, ich denke, im Februar, März beginnen müsste? Hat der Universitätssenat überhaupt genügend Zeit, sich damit zu beschäftigen? Sie müssen ja die Studienordnung auch erst mal durchkriegen. Ist die Akkreditierung in der Zeit zu schaffen? Welchen Zeitrahmen sehen Sie hier? Wie viel Zeit brauchen Sie dafür, um das alles zu schaffen? Sind die völlige Neuausrichtung der Masterstudiengänge, die ja für die Praxissemester geschaffen werden müssen, aber auch die Neuausrichtung z. B. der Sonderpädagogik und der Anforderungen oder auch die Umstellung des Grundschullehramts von vorher 18,5 auf 60 Studienpunkte z. B. in Mathe schon vorbereitet? Oder warten Sie da noch auf den Startschuss des Beschlusses?

An den Senat habe ich noch die Frage, womit Sie eigentlich die Hoffnung begründen – das hat Frau Scheeres gestern noch mal gesagt –, dass das alles wirklich zum Wintersemester 2014/15 in Sack und Tüten ist?

Ansonsten möchte ich hier noch mal sagen: Wir haben gestern im Wissenschaftsausschuss ja schon umfängliche Änderungsvorschläge vorgelegt. Darüber müssen wir sicherlich im Januar auch noch mal mit ergänzenden Anträgen diskutieren, die wir nach der Anhörung zum Schulbereich aufschreiben und beantragen können. Eine Sache, die ich völlig widersinnig finde, ist: Berlin stellt zukünftig und gegenwärtig und in den letzten Jahren Lehrkräfte vorrangig als Angestellte ein, und wir wollen im Vorbereitungsdienst mit Verbeamtung in Probezeit einstellen. Wie sehen Sie diesen Punkt?

Zu der Zentralisierung von Fort- und Weiterbildung habe ich auch noch eine Frage an Frau Hirschmann: Ich kenne das ja auch aus den Bezirken und finde diese Dezentralisierung auch nicht besonders gut gelungen. Herr Schuknecht und Herr Treptow könnten vielleicht auch noch etwas dazu sagen, wie sie diese Dezentralisierung in den letzten Jahren empfunden haben. Ich bin sehr häufig bei Weiter- oder Fortbildungen gewesen, wo nur ganz wenige Menschen anwesend waren. Da könnte man vielleicht die Kräfte eher wieder bündeln und eine Zentralisierung vornehmen. – Danke!

**Vorsitzende Renate Harant:** Danke, Frau Kittler! – Frau Bentele, bitte!

**Hildegard Bentele (CDU):** Sehr geehrte Experten! Vielen Dank, dass Sie bei der großen und, ich glaube, auch ehrgeizigen Aufgabe mitwirken, die vor uns liegt, die Lehrerbildung für die nächsten Jahrzehnte neu zu strukturieren. Ich glaube, das ist eine große Aufgabe. Da geht es darum, sorgfältig und ausführlich zu beraten, und ich denke, wir sollten uns die Zeit nehmen, die notwendig ist, und keinen künstlichen Druck aufbauen, sondern alle Fragen zu Ende beantworten und auch den Universitäten die entsprechende Zeit geben. Es ist im Wissenschaftsausschuss auch schon angeklungen, dass da noch Zeit benötigt wird. Insofern sollten wir die uns auch nehmen.

Ein wichtiger Grund für die Reform der Lehrerbildung war ja die Schulstrukturreform. Bei dem, was z. B. auch Herr Schuknecht gesagt hat, denke ich, wir sollten uns noch mal vor Augen führen, was die Schulstrukturreform eigentlich bedeutet. Das heißt, dass wir ein zwei-

gliedriges System und nicht eine Schule haben. Bei Herrn Schuknecht klingt das anders: Da habe ich überall die gleiche Schülerschaft und die gleichen Aufgaben usw., eigentlich gibt es überhaupt keine Unterschiede mehr. Ich denke, es ist sehr wichtig, dass wir diese Lehrerbildung darauf abstellen, was die Schulrealität ist, welche Anforderungen es gibt, welche Lehrer die Schüler brauchen und welche Qualifikationen die Lehrer an der Universität mitbekommen müssen. Das ist für meine Fraktion der Ausgangspunkt, nicht so sehr die Organisationsüberlegungen der Universität oder wissenschaftliche Herangehensweisen, sondern das, was in der Schule gefordert ist. Für mich stellt sich die Situation an den ISS und den Gymnasien so dar, dass die Gymnasien in einer sehr kurzen Zeit, in einer kürzeren Zeit als die ISS üblicherweise, zum Abitur führen. Das ist das alleinige ausschließliche Bildungsziel. Das heißt, die Studierfähigkeit, eine erweiterte Allgemeinbildung und eine wissenschaftspropädeutische Vorbildung sollen hergestellt werden. Das ist ein ganz klares Ziel. Die ISS hingegen ist die Schule für alle. Da gibt es alles, vom Hauptschüler oder jemandem, der die Berufsschulreife in der Klasse 9 anstrebt, bis zum Hochbegabten. Da sind alle Abschlüsse möglich, aber eben auch nach 13 Jahren. Insofern haben wir unterschiedliche Ausrichtungen. Das Gymnasium führt zum Abitur, zum wissenschaftlichen Studium, und die ISS in der ganz großen Mehrheit – das zeigen auch die Abschlüsse – zu einer Berufsausbildung.

Deshalb sind wir der Ansicht, dass man auch die Lehrer entsprechend auf diese unterschiedlichen Ziele hin ausbilden sollte. Dabei geht es nicht darum, denen irgendwelche Fähigkeiten vorzuenthalten oder zu entziehen, sondern sie zu stärken für die Aufgaben, die vor ihnen liegen. Das ist einmal, die Berufsschulreife herzustellen. Das schaffen wir ja noch gar nicht, wir haben ja 7 Prozent Schüler, die ohne Abschluss abgehen oder outgesourct werden in irgendwelche Projekte oder später durch Arbeitsvorbereitungsmaßnahmen aufgefangen werden müssen. Uns geht es darum, dass wir diese zukünftigen Facharbeiter, diese Handwerker, alle, die daraus hervorgehen, entsprechend ausbilden. Das ist unser Ansatz. Deshalb wäre es mir auch noch mal wichtig zu zeigen – vielleicht, Herr Treptow oder Herr Schuknecht, können Sie das noch mal darstellen –, wo sich die beiden Schulformen unterscheiden. Wir hatten ja auch eine Leitbilddiskussion, wo genau dargestellt wurde, welche unterschiedlichen Fähigkeiten zukünftige Gymnasiasten mitbringen sollten und welche anderen, auch Strukturelemente die ISS aufweist wie Binnendifferenzierung, individuelle Förderung, kein Sitzenbleiben usw. Vielleicht können wir versuchen, das stärker herauszuarbeiten, denn das ist so, wie wir die Schulrealität sehen, wie wir sie auch kommuniziert bekommen, sowohl von Lehrern als auch von Schülern, und für diese Herausforderung suchen wir mit dieser Reform eine Lösung.

**Vorsitzende Renate Harant:** Danke, Frau Bentele! – Mit Herrn Oberg hätten wir dann die Fraktionsrunde erst mal durch. Vielleicht sollten wir dann erst eine Antwortrunde machen. Ich habe nämlich inzwischen schon wieder einige neue Wortmeldungen. – Herr Oberg!

**Lars Oberg (SPD):** Wir befinden uns ja zufälligerweise auch in der Woche, in der die PISA-Ergebnisse veröffentlicht wurden. Sie wurden auch im Lichte der Bemühungen der letzten zehn Jahre diskutiert. Eigentlich alle Stellungnahmen durchzieht die Erkenntnis, dass man gerade auch für die Schüler, bei denen man davon ausgeht, dass sie auf einem fachlich niedrigeren Niveau einen Abschluss machen, vielleicht kein Abitur machen, Lehrer braucht, die die maximale fachliche Qualifikation aufweisen. Dementsprechend muss das auch Maßstab bei der Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern in Berlin sein. Die Schulstrukturreform gründet genau auf dieser Erkenntnis. Das Lehrerbildungsgesetz sollte das auch tun.

Nun scheint es ja zumindest für einige hier im Raum ein ganz großes Anliegen zu sein, eine Differenzierung zwischen der Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer für die Sekundarschule und der für das Gymnasium zu machen. Jenseits der überzeugenden fachlichen Argumente für eine gemeinsame hochqualitative Ausbildung, die hier vorgetragen wurden, die die Lehrerinnen und Lehrer in die Lage versetzt, mit Heterogenität in ihren ganz unterschiedlichen und sich auch stets ändernden Ausprägungen umzugehen – wir reden schließlich von Lehrerinnen und Lehrern, die wir heute ausbilden und die vielleicht erst in zehn, 15 oder 20 Jahren an die Schulen kommen, das heißt, wir werden dort ein Maß an Heterogenität erleben, das wir uns heute noch gar nicht vorstellen können, so wenig, wie wir uns vor zehn oder 20 Jahren vorstellen konnten, wie die Berliner Schule heute aussieht – scheint es die Überlegung zu geben, dass man eine Differenzierung vornimmt. Nun ist Berlin schon lange keine Insel mehr, aber doch umgeben von einem Bundesland, nämlich dem Bundesland Brandenburg. Dieses hat in seinem Lehrerbildungsgesetz eine Struktur gewählt, wo ich mir wünschen würde, dass die anwesenden Expertinnen und Experten kurz Stellung dazu nehmen. Dort ist es so, dass es zwar ein gemeinsames Lehramt Sekundarschule gibt, aber einen Master Sek I und einen Master Sek II. Manches von dem, was man da sieht, erinnert mich an Debatten, die hier zumindest in Teilen geführt werden. Was halten Sie davon? Machen die Brandenburger das richtig? Ist das ein Weg für Berlin? Warum könnte das kein Weg für Berlin sein? Es wäre ganz gut, das mal ins Verhältnis zueinander zu setzen.

Meine zweite Frage, was den Zeitplan angeht, richtet sich vor allem an die Hochschulen. Wenn man unterstellt, dass das Abgeordnetenhaus Ende Januar das vorliegende Gesetz so oder so ähnlich verabschieden könnte, würde das für das nächste Wintersemester ausreichen, ja oder nein?

Dann noch eine Frage, die ich gestern dem Senat schon gestellt habe, die aber im Eifer des Gefechts nicht beantwortet werden konnte: Das ist die Frage nach der Verbeamtung auf Probe. Wir haben in Berlin vor zehn Jahren die Entscheidung getroffen, dass wir nicht mehr verbeamten, wir stellen nur noch angestellte Lehrer ein. Die Drehtürverbeamtung findet die Senatorin – da hat sie sich festgelegt – auch nicht gut. Wir finden es gut, dass sie das nicht gut findet. Nun haben wir aber den Entwurf eines Lehrerbildungsgesetzes, in dem drinsteht, dass die Referendare weiter auf Probe verbeamtet werden sollen, es sei denn, sie erfüllen die Anforderungen nicht. Dann sollen sie als Angestellte eingestellt werden. Warum setzt das Gesetz nicht konsequent das um, was wir in Berlin machen, nämlich nicht mehr zu verbeamten, auch nicht beim Referendariat?

**Vorsitzende Renate Harant:** Jetzt ging eine ganze Reihe von Fragen direkt an den Senat. Herr Rackles beantwortet zuerst.

**Staatssekretär Mark Rackles (SenBildJugWiss):** Erst mal zu den Beamten auf Widerruf, nicht auf Probe: Das ist eine Sache, die historisch gewachsen ist. Wir hatten es vorletztes Jahr relativ früh in der Prüfung, ob man das sinnvollerweise zurücknimmt oder nicht im Hinblick auf die Konsistenz. Das waren ausschließlich haushalterische Gründe. Es sind etwa fünf Millionen Euro mehr, die man da in die Hand nehmen müsste, um das zurückzunehmen. Es hat ja keine Folgewirkung. Man kann sagen, es ist inkonsistent, wenn man für eine Weile drin ist. Man kann danach aber theoretisch auch woanders hinwechseln. Diese Rechtsform oder dieses dienstrechtliche Instrument ist für das Land Berlin in dem Sinne kein Schaden. Konsistenter wäre – das würde allerdings fünf Millionen Euro kosten, da haben wir gedacht, die 2,5 Milli-

onen für Musikschulen und 2,5 Millionen für Inklusion sind vielleicht schöner investiert –, es irgendwann zu begründen. Es ist nicht konsistent, aber der Ausgleich kostet leider auch Geld. Das ist das Motiv, das im Hintergrund steht. Das mag jetzt auch nicht besonders überzeugend sein, aber es ist, wie gesagt, ein tragfähiges in der Praxis.

Zu den Fragen von Frau Kittler bzw. Herrn Delius, wann die Stellungnahme von Brandenburg kommt: Üblicherweise tauschen wir die Dokumente aus. Die hätten sich gewünscht, haben wir auf Arbeitsebene gehört, wenn sie unseren Gesetzentwurf vorher gekannt hätten. Dann hätten sie vielleicht auch einiges anders gemacht. Die sind etwas früher drangewesen. Wir erwarten von denen jetzt aber keine substanzielle Stellungnahme, das ist auch eher unüblich. Die haben die Möglichkeit, Stellung zu nehmen. Das klingt so, als müssten die sich verhalten. Das werden sie, glaube ich, nicht tun. Also daran hängt jetzt nichts. Aber den Kollegen und Kolleginnen in Brandenburg ist unser Gesetzentwurf inzwischen bekannt, man lernt voneinander, so wie wir deren Gesetzentwurf angucken. Aber eine Kommentierung ist von denen jetzt nicht mehr zu erwarten, ist auch nicht notwendig, wie gesagt.

Zur Frage nach dem Verordnungsentwurf: Den wird es in absehbarer Zeit geben. Das schließt auch an die Frage von Frau Kittler an. Wir haben drei Verordnungsentwürfe. Die Lehrgangszugangsverordnung ist eigentlich die interessanteste in diesem Zusammenhang. Die ist in Abstimmung mit den Universitäten, im Entwurf vorliegend, allerdings noch nicht in der Anhörung. Dann gibt es die Verordnung über die Ausbildung und Prüfung im Vorbereitungsdienst und die Weiterbildungsverordnung. Diese drei Verordnungen hängen praktisch an dem Gesetz dran. Die sind alle drängend, aber die interessanteste und wichtigste ist wahrscheinlich die Lehrgangszugangsverordnung, weil da so ein bisschen die Präzisierung für die verschiedenen Lehrämter drinsteht.

Das Vorziehen des Vorbereitungsdienstes, eine Frage von Frau Kittler: Inhaltlich haben wir schon Sachen vollzogen, allerdings brauchen wir für die zeitliche Umstellung das Gesetz. Deswegen kann man es nicht wirklich trennen. Man könnte versuchen, einen Einzelpunkt aus dem Gesetz rauszunehmen oder umgekehrt einen Einzelpunkt drinzulassen, nämlich den Vorbereitungsdienst, und alles andere rauszunehmen. Aber wir haben einen Zeitdruck, auf den ich gleich noch mal zurückkomme, der das wenig opportun erscheinen lässt. Also man sollte dieses Paket möglichst bald auf die Räder stellen. Gerade der zwölfmonatige Vorbereitungsdienst ist anerkanntermaßen kein guter Zustand, den würden wir gern beenden. Darauf ist auch alles ausgerichtet, auch inhaltlich schon ausgerichtet. Es wäre gut, wenn das auch bald kommt.

Bei den Mentoren war die Frage, wie die Mittel und das Konzept sind. Die greifen frühestens zum Haushaltsjahr 2016. Deswegen ist es nicht angemeldet für den Doppelhaushalt 2014/15.



Konzeptionell sind wir mit den Universitäten in der AG Praxissemester im Gespräch, wie das ausgestaltet wird. Deswegen gibt es da eine relativ enge Abstimmung und konzeptionelle Vorüberlegungen und Überlegungen. Allerdings werden diese Stellen und diese Stunden haushalterisch und von der Realisierung her erst 2016 greifen.

Die Frage, wie realistisch 2014/2015 ist, ist eine Glaubensfrage. Keine Ahnung. Wir können uns alle in die verschiedenen Dimensionen der Zuversicht retten. Wir glauben, es ist sinnvoll und notwendig, dass es in Kraft tritt. Das wird natürlich immer unrealistischer, je länger es dauert, gar keine Frage. Aber zu früh zu sagen: Geht sowieso nicht –, entlastet vielleicht zu früh von dem Druck, es zu machen, denn man darf nicht vergessen, dass es ein paar Leute gibt, die sagen: Bevor ein fauler Kompromiss oder Wüsten produziert oder falsche Entscheidungen getroffen oder mutlose Geschichten gemacht werden, dann lieber gar nichts. – Dieses „gar nichts“ darf es nicht geben, das muss allen klar sein. Wir haben einen ungeheuren Druck in verschiedenen Bereichen, das ist hier teilweise angeklungen. Das ist die Frage des Vorbereitungsdienstes, wo ein paar Unstimmigkeiten sind, das ist die Frage des Praxissemesters, es ist das ISS-Lehramt, das in der Praxis – das ist ja beschrieben worden – ähnlich wie das Grundschullehramt in der Perspektive, in den Status-quo-Regelungen, nicht wirklich die Nachfrage befriedigen kann, die in absehbarer Zeit ansteht. Wir haben so etwas in § 14, die Anerkennung der Abschlüsse aller anderen Bundesländer. Das ist eine Umstellung. Wir müssen das gleichstellen. Über dieses Gesetz werden alle anderen Abschlüsse anerkannt, die in den Bundesländern anerkannt sind. Das ist für Berlin ein nicht zu unterschätzendes Wettbewerbsargument. Wir haben die Fachlichkeit Mathematik und Deutsch. Alle reden von der Güte des Unterrichts. Wir brauchen Lehrkräfte, die fachlich gerade in Klasse 5 und 6 der Grundschule ertüchtigt sind. Das kommt mit diesem Gesetz. Ohne ein solches Gesetz werden wir praktisch eine gewisse Agonie verlängern, ähnlich bei der Inklusion. Wir haben in zwei Jahren, spätestens in drei Jahren, noch mal die Frage ganz heftig auf dem Tisch, wo die Lehrer sind, die geeignet sind, das aufzunehmen, was in die Allgemeinbildende Schule kommt, und da muss sowohl über die Fortbildung was laufen, aber eben auch in der Ausbildung. Das sind nicht Fragen, die man irgendwie in Jahresturnussen schieben kann. Deswegen glaube ich, dass wir an dem Ziel festhalten sollten. Allerdings sehen wir selbst realistisch, dass irgendwann der Punkt kommt, wo die Unis gar nicht mehr in der Lage sind, bestimmte formale Kriterien und Fristen einzuhalten. Ich glaube, im Januar kann man es noch schaffen, wenn das Parlament hier agiert, danach wird es ausgesprochen eng.

Sie hatten die Sonderpädagogik angesprochen, ich glaube, Frau Hirschmann war das. Da ist ein Irrtum. Das hängt aber vielleicht auch mit der noch nicht bekannten Verordnung zusammen. Es sind 120 Leistungspunkte vorgesehen, Sonderpädagoge, Sonderpädagogin. Das ist nach KMK ein vollwertiges Lehramt. Damit können Sie als Sonderpädagoge, Sonderpädagogin unterwegs sein. Das wird Berlin realisieren, und damit haben wir auch diesen Bereich sinnhafterweise abgedeckt, auch in dem Modell, das in Berlin vorgesehen ist.

Es gab noch eine Frage zu den musischen Fächern. Auch da stehen im Ergebnis 120 Punkte zur Verfügung, aber vielleicht kann, weil Frau Kittler danach fragte, Herr Stephan noch mal diesen Komplex UdK, musische Fächer kurz beleuchten, weil er da im Moment am nächsten und auch am aktuellsten dran ist.

**Vorsitzende Renate Harant:** Danke! – Bitte schön!

**Andreas Stephan** (SenBildJugWiss): Vielen Dank! – Es geht im Prinzip nur um die Frage, wie das Grundschullehramt ausgestaltet werden soll. Bei ISS, Gymnasien und Berufsschulen ist das kein Thema. In einem Punkt ist dort auch eine Lösung gefunden worden, das heißt, Musik und Kunst werden weiterhin in einem ähnlichen Umfang ausgebildet, wie es jetzt der Fall ist. Wir kommen dort auch auf 120 Leistungspunkte. Das heißt, wenn man Musik oder Kunst studiert, wird beides vertieft studiert. Es werden die zusätzlichen professionsbezogenen Punkte dazugenommen, und es werden auch die Master- und die Bachelorarbeit in Musik oder Kunst geschrieben. Insofern kommt man auch hier wieder auf etwa 120 Leistungspunkte. Es hat niemand die Absicht gehabt, Musik oder Kunst, die Bevorzugung, die es jetzt schon bei Grundschullehramt gab, aufzuweichen oder abzuschaffen.

Der einzige Dissenspunkt, der im Moment noch da ist, ist die Frage, wie man das kombiniert, wenn Sonderpädagogik gewählt wird, weil Sonderpädagogik, wie Sie gerade von Herrn Rackles gehört haben, im Umfang von 120 Leistungspunkten studiert werden muss, um es auch bundesweit anerkannt zu bekommen. Da tut sich die UdK im Moment noch ein wenig schwer, dann einen kleinen Studiengang mit 60 Leistungspunkten anzubieten, wie es dann bei der Kombination, z. B. Deutsch/Musik/Sonderpädagogik oder Mathematik/Kunst/Sonderpädagogik, der Fall wäre, weil dann nur 60 Leistungspunkte für dieses Fach zur Verfügung stehen. Aber wir sind nach wie vor mit der UdK im Gespräch, und wie wir gehört haben, auch die Humboldt-Universität und die UdK, die an der Stelle kooperieren müssen, weil Sonderpädagogik nur an der Humboldt-Universität angeboten wird, auch in Verhandlungen, wie man dies sinnvoll ausgestalten kann.

**Vorsitzende Renate Harant:** Eine Ergänzung von Herrn Rackles.

**Staatssekretär Mark Rackles** (SenBildJugWiss): Ich will nur kurz etwas ergänzen. Jetzt ist das Gesetz hier im parlamentarischen Raum, und es geht um die ISS und Gymnasien, aber vielleicht darf man deswegen daran erinnern, dass Sie 2009 die Schulstruktureform mit der Drucksache 16/2479 als Beschluss auf den Weg gebracht haben, und da steht unter anderen drin, dass die Abiturientenquote innerhalb der nächsten zehn Jahre deutlich erhöht werden soll. Das geht nur mit ISS und mit einem Aufwuchs in diesem Bereich. Deswegen ist das Argument mit niedrigen Anteilen im Moment – jenseits der Frage, dass schwache Schüler gute Lehrer brauchen usw. – vom gesellschaftlichen Anspruch auch des Hauses hier ein Ausbau der Abiturientenquote innerhalb der ISS notwendig. Die Gleichwertigkeit von Integrierter Sekundarschule und Gymnasien ist ein ganzes Kapitel, in dem steht, dass für den Übergang in die gymnasiale Oberstufe gleiche Anforderungen und Regelungen gelten. Wenn Sie diesen Beschluss mal in Ruhe lesen: Da ist tatsächlich vom Anspruch her – – Wir haben oft die Diskussion, Herr Treptow, ob gleichartig oder gleichwertig, aber das „gleichwertig“ ist, glaube ich, Konsens. Gleichartig müssen sie nicht sein. Das manifestiert sich sehr gut in diesem zitierten Beschluss. Den sollte man vielleicht noch mal zücken. Er ist erst vier Jahre alt.

**Vorsitzende Renate Harant:** Jetzt haben Sie in einer Antwortrunde noch mal das Wort. Wir fangen bei Frau Hirschmann an.

**Inge Hirschmann** (Grundschulverband): Zum einen wollte ich noch mal sagen, dass dieses Lehrerbildungsgesetz meines Erachtens, wenn man so eine Qualifizierungsoffensive für das Berliner Bildungswesen insgesamt im Auge hat, nur ein Teil von anderen Dingen ist. Da ist immer die Sachausstattung, die Qualifizierung des Personals, da sind die Besoldungs- und

Wertschätzungsfragen, und dass man sich momentan auf einen Prozess einlässt, ist für mich ganz verständlich, denn alles, was sich hinter diesem Begriff Inklusion verbirgt, ist ein tiefgreifender Prozess, den man gar nicht in einer Gesetzgebung erfassen kann. Wenn man eine gewisse Freude hat, hinterher am Gesetz nachzubessern, kann man dem folgen.

Ich bin gefragt worden, welche Verordnung ich gern deutlicher vor Augen haben möchte oder welche Teilbereiche es mir einfacher würden, das Ganze einzuschätzen, ob ich Erfolgsaussichten in großem Stil oder eventuell schon jetzt Stolpersteine sehe. Dazu gehört ganz einfach die Besoldungsordnung. Die ist, glaube ich, aus den 1980er Jahren. Für mich wäre es hilfreich, wenn Sie mir versprechen würden, dass Sie nach dem Gesetz als Nächstes an die Besoldungsordnung rangehen, dass solche Sachen nicht einfach auf der Strecke bleiben.

Mir wäre es wichtig, Genaueres zu wissen, was an den Universitäten curricular passiert. Ich habe immer noch die Vorstellung Deutsch, Mathe und noch ein Fach, und da muss man gucken, was Schmalspur ist. Die Angst ist, dass man nachher wieder in so einem Grundschulkonzept bleibt, der einem nicht die Möglichkeit gibt – – Ich bin Verfechter der Gemeinschaftsschule. Ich möchte als Lehrerin langfristig wieder die Möglichkeit haben, wenn ich 30, 40 Jahre im Dienst bin, meinen Blick noch mal zu verändern, eine Möglichkeit zu haben. Eine Lösung scheint mir zu sein, dass man genauer in das Fort- und Weiterbildungswesen reinguckt. Ich war nicht der Meinung, dass es prinzipiell falsch ist, das dezentral zu machen. Das wäre ein Missverständnis. Ich glaube, dass es bestimmte Aufgaben gibt, die man schulortnah tatsächlich in den Regionen lösen muss, aber man muss noch mal genauer hingucken, was eigentlich nicht in den Regionen zu leisten ist. Ich weiß nicht, ob es an der Finanzierung liegt, oder Sie haben gesagt, dann seien nicht genügend Leute da. Ich habe immer das Gefühl, wenn Bewegungen kommen, wie zum Beispiel die Ganztagschule oder jetzt die inklusive Schule, oder wenn man sich die Ergebnisse der Inspektionsberichte anguckt, dann ist es tatsächlich sinnvoll, einheitlich zu gucken, wie man das als Land genauer steuern kann, und nichts anderes passiert momentan in der Fachgruppe Fort- und Weiterbildung. Ich möchte Sie nur noch bestärken, das weiterzuerfolgen, das Konzept gut zu unterstützen, und das, was heute angesprochen worden ist, Mentoren, also Menschen, die auf der praktischen Schiene für die Ausbildung verantwortlich sind, muss mitgedacht werden, das muss Teil von Fortbildung sein, also die individuelle Ausbildung von bestimmten einzelnen Funktionsträgern, in dem Fall Mentoren, oder die weitere Fortbildung der Organisation Schule. Ich erinnere immer wieder daran, dass ich meine, dass das in Berlin zu wenig bedacht worden ist, seit wir Schulprogramme machen, dass die Schulen sehr viel Hilfe brauchen, ihre eigenen Prozesse zu entwickeln.

Die Durchlässigkeit gerade von Klasse 6 nach Klasse 7 hat uns im Grundschulverband sehr beschäftigt, inwieweit man diese Verbindung, die Brüche, die in den Übergängen drin sind, zulässig macht. Ich würde mir zumindest für meine nachfolgenden Kollegen, für die jungen Kollegen wünschen, dass sie in ihrem Berufsfeld Möglichkeiten sehen. Für mich ist die Fort- und Weiterbildung immer eine Chance, das nachzubessern.

Die Fragen zum Studium in Brandenburg kann ich nicht beantworten, um ehrlich zu sein, aber ich würde Ihnen gern eine Sache mit auf den Weg geben. Ich habe mit Begeisterung gelesen, dass die Potsdamer Uni Stellen für Professoren hat, die sich auf Inklusionspädagogik beziehen. Das halte ich in Berlin für dringend notwendig. Ich habe manchmal das Gefühl, wir passen die Sonderpädagogik irgendwie der veränderten Schule an, und ich bin nach 25 Jahren

Schulleiterin einer Schule, die sich irgendwo auf dem Weg zur Inklusion befindet, der Meinung, dass ganz viel mehr verändert werden muss, als Sonderpädagogik in die Regelschule reinzubringen. – Ich weiß jetzt nicht, Sie hatten so viele Fragen.

**Vorsitzende Renate Harant:** Es muss nicht jeder alle Fragen alle Fragen beantworten. Sie können sich auf das konzentrieren, was Sie speziell betrifft.

**Inge Hirschmann** (Grundschulverband): Dann gebe ich das Wort weiter.

**Vorsitzende Renate Harant:** Bitte, Herr Professor!

**Prof. Dr. Michael Kämper-van den Boogaart** (HU Berlin): Ich versuche auch, bei den Antworten zu einer Clusterbildung zu kommen. Mehrere Fragen bezogen sich in unterschiedlichen Frageperspektiven auf das Praxissemester. Einerseits habe ich Ihre Frage verstanden, ob es einen Double Bind beim Praxissemester gibt, mit der Befürchtung, dass möglicherweise heterogene Erwartungen hineinprojiziert werden. Bereits in der Bachelorphase, das muss man vielleicht zuerst sagen, ist die Schule ja nicht ganz fern, sondern es gibt im Bereich der schulpraktischen Studien auch Erkundungen praktischer Art, meistens im Erfahrungsraum der Schule. Das Praxissemester hat gewissermaßen in unserer Perspektive in erster Linie einen Professionalisierungscharakter. Das bedeutet, dass sich Studierende natürlich als Lehrende erproben, bewerten, analysieren, dass sie aber auch die Gelegenheit nutzen, Fragen nachzugehen, die sehr elementar sind und die eigentlich auch Lehrerinnen und Lehrer immer wieder bearbeiten sollen.

Ich will nur ein Beispiel nennen, weil uns das bereits jetzt schon lange beschäftigt hat, das Metapherverstehen von Heranwachsenden. „Die Sonne lacht“ kennen Sie alle. Das ist bei Kindern häufig tatsächlich die Vorstellung einer lachenden Sonne, aber es handelt sich um metaphorische Strukturen, die höchstwahrscheinlich oberhalb der Subsahara ganz anders interpretiert werden, weil dieses Event nicht so besetzt ist. Das sind alles Prozesse, die ganz stark auf den Zusammenhang von Kognition und Sprachentwicklung verweisen. Das sind auch keine, weil das vorhin so genannt worden ist, Leichtspur- oder so, das sind durchaus komplizierte Fragen, denen man letztlich nur empirisch nachgehen kann, natürlich unter Einschluss der Frage, wie man das metaphorische Verständnis fördert, vor allem unter der Bedingung von Deutsch als Zweitsprache, denn Sie wissen vielleicht, dass manche Werke der Migrationsliteratur ihre Effekte daraus beziehen, dass sie türkische Idiomatik bruchlos ins Deutsche übersetzen, was häufig zu ganz witzigen Effekten führt. Ich wollte das nur kurz anreißen. Das sind Projekte, die sehr unmittelbar unterrichtsrelevant sind, die man mit Lehrkräften gemeinsam machen kann.

Ich habe selbst sehr viele Studierende im Praktikum betreut und häufig auch die Hilflosigkeit gesehen, wenn so gesagt worden ist: Ich muss einen Text analysieren. Dann komme ich mit Figuren der Rhetorik –, was häufig überhaupt nicht funktioniert, und sich da die Gelegenheit zu nehmen, die man als Studierender im Praxissemester hat, zusammen mit seiner Mentorin, seinem Mentor, auf der Basis dessen, was an Literatur vorliegt und was häufig in der Belastung durch die Schulpraxis kaum mehr in den Schulen rezipiert werden kann, dann auch tatsächlich zu erproben. Das ist eine Hoffnung, die wir mit dem Praxissemester verbinden. Wir sind in einer besseren Situation als zum Beispiel Nordrhein-Westfalen, die die große Schwierigkeit des Flächenstaats haben und wo sich insofern die Universitäten notwendigerweise

schwertun, im Praktikum präsent zu sein. Wir wollen mit unseren Fachdidaktikerinnen und Fachdidaktikern, aber auch mit den Erziehungswissenschaftlern im Praktikum durchaus aktiv sein. Sie sehen vielleicht auch an der Fragestellung, dass man auch die curriculare Schleife kriegt, also Fragen wie die eben nur exemplarisch angedeutete. Die haben natürlich Auswirkungen auf das, was zum Beispiel in der Linguistikausbildung gemacht werden soll. Die Frage nach dem Kanon Goethe/Kafka hätte ich besser nicht erwähnt. Natürlich ist für die Persönlichkeits- oder Menschenbildung diese hochkanonische literarische Bildung erstrebenswert. Ich wäre ja blöd, wenn ich etwas anderes sagen würde. Ich war selbst bei den Bildungsstandards der KMK einer der Mitautoren für das Abitur. Also daran will ich gar nicht rütteln, aber ich finde es sehr wichtig, dass beispielsweise bei uns am Institut für Deutsche Literatur jetzt wieder eine Juniorprofessur für Kinder- und Jugendliteratur und Mediensozialisation ausgeschrieben und dann auch wieder besetzt wird, weil wir natürlich wissen, durch all die Forschung, die wir nach PISA 2000 betrieben haben, dass es stabile Lesekarrieren braucht, und die gewinnt man nur dann, wenn man auch literarische Angebote interessant mit Kindern verhandelt, die tatsächlich den Gratifikationserwartungen jugendlicher Kulturkonsumenten, um das mal sehr neutral zu sagen, entgegenkommen. Da muss man orientiert sein, da muss man als zukünftige Lehrerin oder Lehrer auch gewissermaßen ein Content Knowledge entwickeln. Das ist schon etwas, das uns vor curriculare Anstrengungen stellen wird. Da können wir die Grundschullehrer nicht einfach immer mehr so das normale Programm durchlaufen lassen durch. Gleichwohl müssen wir verhindern, dass sich innerhalb der Universität ein Getto für Grundschullehrer entwickelt. Die Interaktion mit anderen Studierenden ist natürlich wichtig. Es ist sehr gut, wenn Lehramtsstudierende auch mit nicht Lehramtsstudierenden interagieren. Das ist wichtig.

Zur Frage des Zeitpunkts: Ich will versuchen, das an einem Beispiel plastisch zu machen. Ich bin mal glorios gescheitert mit der Idee – nicht in Berlin, in Niedersachsen –, Studierende in einem Lehramtsstudium bereits im ersten Semester mit Beobachtungsaufgaben usw. in die Schule zu schicken. Wir hatten uns davon versprochen: Wenn die in Schulen gehen, sehen sie was da eigentlich alles für Inhalte auftauchen, über die sie sich im Studium informieren müssen, die sie sich aneignen müssen. – Wir hatten eigentlich gedacht, das wäre gewissermaßen eine Motivation. Das Gegenteil ist der Fall gewesen. Diese Studierenden haben eigentlich gesagt: Das, was ich da an der Schule sehe und mit den Kindern zurechtkommen, das schaffe ich alles schon. Ich brauche eigentlich gar nichts mehr. – Eigentlich ist es klar. Wenn Sie die nicht ganz freiwillig gehaltenen pädagogischen Vorlesungen Kants lesen, da ist im Prinzip schon dieser Gedanke mitbedacht, im unterschiedlichen Erziehungsauftrag an Eltern und Pädagogen, dass man natürlich auch für die Zukunft, auch für veränderte Schule, Qualifikationen erwirbt, und nicht, dass man nur reproduziert, was man selbst in der Schule erlebt hat, was natürlich eine starke Tendenz ist. Deshalb meinen wir, natürlich Orientierung im Erfahrungs- und Handlungsraum Schule bereits im Bachelor, um zu sehen, ob man eine Schülerphobie hat. Dann sollte man besser die Exit-Taste drücken, gar keine Frage, Herr Delius. Wenn man dann in die Schule geht und das Praxissemester anspruchsvoll gestalten will, braucht man dazu auch eine probate Vorbereitung. Wir müssen das auch relativ flexibel halten. Wenn wir jetzt alle Studierenden nur zu einem ganz bestimmten Zeitpunkt, auch wenn das wegen der Ferien sehr viel günstiger ist, in die Schulen schicken, bekommen wir schnell organisatorische Probleme. Das hängt übrigens auch mit dieser Teilzeitfrage zusammen, die natürlich schwierig ist. Sie wissen, dass wir faktisch sehr viele Teilzeitstudierende haben, die aber formal keine Teilzeitstudierenden sind, weil sie von diesem formalen Status eher Nachteile haben, als davon zu profitieren. Deshalb müssen wir uns auch in der Flexibilität unseres

Umgangs mit unseren eigenen Studienangeboten und den Nachfragen der Studierenden an diese faktische Teilzeitigkeit anpassen. Das gilt auch dafür. Wir würden auch gern das Praxissemester wie auch andere Teile des Studiums viel stärker zu internationalen Erfahrungen von Studierenden nutzen. Das wollte ich auch noch mal ausdrücklich sagen, weil gerade, während ich hier bin, bei uns eine Konferenz zur Internationalisierung der Lehrerbildung in einem europäischen Verbund Unica tagt und ich selbst vor ein paar Wochen etwa in Kapstadt auch Gespräche geführt habe, um in Gang zu bringen, dass es auch Austauschmöglichkeiten gibt. Ich denke, dass es für unsere zukünftigen Lehrerinnen und Lehrer eine großartige Erfahrung wäre, auch praktisch an einer Schule in Cape Town unterrichtet und sich dort mit den Lehrkräften usw. verständigt zu haben.

**Vorsitzende Renate Harant:** Vielleicht können Sie sich bitte kürzerfassen, denn wir haben noch eine Fragerunde.

**Prof. Dr. Michael Kämper-van den Boogaart (HU Berlin):** So passiert es. – Zur Kompatibilität der Masterfrage will ich sagen: Ja, natürlich. Wenn es so ist wie im Gesetz kann ich mir nicht vorstellen, dass irgendeine Akkreditierungsagentur das akzeptieren würde.

Dieses Problem mit der Nachfrage ist überhaupt gar kein formales Problem. Das ließe sich nur mit Steuerungsmethoden lösen, wie sie vor 1989 an meiner Universität praktiziert worden sind. Ich habe zum Teil mit Erschrecken in der Zeitung gelesen, dass Numerus clausus für bestimmte Bereiche gefordert wird, um die Leute in andere Bereiche hineinzulenken. Da kann ich einfach nur sagen: Das ist so fern von grundgesetzlichen Möglichkeiten, das kann auf gar keinen Fall so praktiziert werden. Und wenn die Nachfrage zu klein ist, das muss man auch ganz klar sagen: Wir haben eine Kapazitätsverordnung. Die sieht Normgrößen für Veranstaltungen vor. Seminare sollen ungefähr 30 Leute haben. Wenn wir Studiengänge haben, wo wir nur zwei oder drei Bewerberinnen und Bewerber haben, und davon ist auszugehen, dann werden wir diese Studiengänge nicht anbieten dürfen, weil wir sonst anderen Studienbewerberinnen und -bewerbern die Plätze wegnehmen. Deshalb würde das dann dazu führen, dass die Berliner Universitäten nur für das Gymnasium ausbilden können und wir im Bereich ISS gar keine Nachfrage befriedigen können, und das kann ja wohl nicht die Absicht sein. Ich will mich jetzt auf diese Fragen der Schulstruktur gar nicht einlassen, weil das dann der Staatsbürger Kämper wäre.

**Vorsitzende Renate Harant:** Danke, Herr Kämper! – Frau Pinnig!

**Laura Pinnig (GEW):** Ich würde gern zwei Minuten an Herrn Kämper-van den Boogaart abgeben, damit er noch mal auf den Zeitplan eingeht. Wenn Herr Rackles sagt, Ende Januar sei noch zu machen, würde ich das gern von der Uni bestätigt hören.

**Prof. Dr. Michael Kämper-van den Boogaart (HU Berlin):** Das kann ich pflichtgemäß nicht bestätigen. Wir haben auch in unserer Erklärung vor dem Wissenschaftsausschuss gesagt, dass wir diese Umsetzung zum Wintersemester 2014 für nicht möglich halten, aber ich würde auch immer davor warnen, das mache ich auch innerhalb der Universität bei meinen Kolleginnen und Kollegen: Wenn dann irgendein Zeitdruck weggenommen wird und es dann heißt: Ja, dann können wir ja noch länger im vorparlamentarischen oder parlamentarischen Raum diskutieren –, dann gefährden wir nachher auch 2015. Wir brauchen natürlich diese Zeit für den Gremienweg, für eine solide Planung. Das ist ganz klar. Wintersemester 2014 ist

zu diesem Zeitpunkt nicht mehr möglich, auch wenn wir – Ich weiß gar nicht, wie lange beispielsweise die Expertenkommission Praxissemester schon arbeitet. Ich glaube vier Jahre werden da Module hin- und hergeschoben. Es ist nicht so, dass wir nichts täten, aber wir müssen dann auch tatsächlich diesen Startschuss haben, und ich muss meinen Kolleginnen und Kollegen für die Planung dann auch die Verlässlichkeit geben: Ja, so soll es gehen, und dann macht euch an die Modulkonstruktion etc.

**Vorsitzende Renate Harant:** Frau Pinnig!

**Laura Pinnig (GEW):** Das war es doch die zwei Minuten wert. Meine Gewerkschaft würde mich nicht hier herschicken, wenn ich das nicht sagen würde in Bezug auf Frau Kittlers Frage nach der Ausstattung der Schulen in Bezug auf das Praxissemester. Sie wissen ja alle ganz genau, dass die Berliner Schule nicht mal ausgestattet ist, den Regelunterricht durchzuführen. Der Krankenstand ist sehr hoch. Im Moment haben wir noch ganz andere Probleme, das wissen Sie auch.

Zu den Ausbildungsschulen: Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft wünscht sich, dass alle Berliner Schulen Ausbildungsschulen sind und von den Freistellungsstunden, die für Mentoren vorgesehen sind, profitieren können. Ich glaube, es wäre fatal, hier von guten und schlechten Schulen zu sprechen. Auch an Schulen, die in der Inspektion vielleicht nicht gut abgeschnitten haben, agieren gute Lehrkräfte, gute Mentoren, und anders herum ist es genau der gleiche Fall.

Ich glaube, dass die Mentorinnen- und Mentorenausbildung eine absolute Schlüsselrolle spielt, nicht nur in der Lehrerinnenbildung insgesamt, sondern auch in der Schulentwicklung, im Schulentwicklungsprozess, und deswegen sollte die Mentorinnen- und Mentorenausbildung einen ganz großen Fokus nehmen. Ich bin sehr froh, dass hier die Freistellungsstunden auch schon benannt sind, sogar höher, als wir sie angesetzt haben. Darüber bin ich sehr froh.

Ich möchte, dass bei der Ausbildung der Mentorinnen und Mentoren auf einen Aspekt ganz besonders Rücksicht genommen wird. Herr Delius hat von der Belastung gesprochen, die auf die Lehrkräfte zukommt und auf die zukünftigen Mentorinnen und Mentoren. Ich glaube, gute Mentoren sind dann gute Mentoren, wenn sie die Studierenden nämlich nicht als Belastung empfinden, sondern als Bereicherung, und dahin sollte die Ausbildung der Mentorinnen und Mentoren gehen, nämlich die Bereicherung, die Qualität und den Qualitätszuwachs für die Berliner Schule zu erkennen, und dazu bedarf es ganz deutlich der Erwachsenenbildung. Wir haben es hier tatsächlich mit erwachsenen Menschen zu tun. Studierende sind erwachsene Menschen. Um hier einen konstruktiven Austausch zwischen den Mentoren und den Studierenden zu gewährleisten, der auch gewinnbringend für die Schulen und für die Studierenden ist, bedarf es der Erwachsenenbildung in der Mentorinnen- und Mentorenausbildung. Wir wünschen uns natürlich, dass hier alle Schulen mit ins Boot genommen werden. Ich schätze das große Engagement der PSE auf ihrem Weg und in den Kooperationsschulen hoch. Ich kenne auch einige Kooperationsschulen und weiß, dass das Leuchtturmschulen sind, aber auch die anderen Schulen und gerade die Schulen mit den großen Problemen, die Brennpunktschulen, sollten hier mit ins Boot genommen werden und von dem hochqualifizierten Wissen profitieren, das die Studierenden mit in die Schulen reinbringen können.

Zu den drei Fächern, ich weiß nicht, von wem es genannt wurde, in der Grundschulpädagogik und was das im Referendariat bedeutet: Da waren wir auch im Austausch mit der Senatsverwaltung und wurden beruhigt. Es wird keine drei Prüfungen geben, soweit ich das verstanden habe, und das wird eine große Entlastung schaffen.

Bei den fehlenden Verordnungen fallen mir zwei ein: Bei der Fort- und Weiterbildung sind noch viele offene Punkte, die im Gesetz geklärt werden könnten, aber auch Regelungen zur Teilzeit sind wieder in die Verwaltung verlagert. Hier steht nicht eindeutig, dass es die Teilzeit geben soll. Das könnte man durch eine Ergänzung, ein, zwei Wörter, in Stein meißeln, und daran wäre uns sehr gelegen, und nicht diese Verantwortung in die Verwaltung abzuschieben, und wenn die Verwaltung dann sagt, das sei nicht machbar, dann ist es nicht machbar.

Wir haben auch Beschlüsse in unserer Landesdelegiertenversammlung der GEW in Bezug auf die Positionierung zur Verbeamtung, und die GEW hat sich dazu immer ganz deutlich positioniert. Bei der Verbeamtung auf Widerruf sind wir anderer Meinung, und zwar hat das damit zu tun, dass wir tatsächlich die Mehrheit der Lehramtsanwärterinnen und -anwärter organisieren und insofern auch für deren Belange und Bedürfnisse eintreten, und ich möchte jetzt hier gerade in meiner Position deutlich machen: Wenn Herr Rackles schon sagt, wir haben die Verbeamtung auf Widerruf aus finanziellen Gründen nicht abgeschafft –, dann möchte ich gern dafür plädieren, dass wir bei der Verbeamtung auf Widerruf bleiben, denn den Leuten kann auf gar keinen Fall noch mehr Geld weggenommen werden. Das sind wiederum erwachsene Menschen, die teilweise Familien zu ernähren haben, und der Beamtenstatus im Referendariat garantiert diesen Menschen mehr Brutto. Ich möchte klarstellen, wenn die Verbeamtung auf Widerruf abgeschafft wird, dann müssen die Bezüge deutlich erhöht werden. Das sind die 5 Millionen Euro, die Sie genannt haben.



Es tut mir leid, Frau Bentele, aber ich muss noch mal darauf eingehen. Die ISS ist keine Schule, die ausschließlich zur Berufsorientierung führt. Sie führt auch zum Abitur, und – anders herum – auch das Abitur führt übrigens zu Berufen. Ich habe selber das Abitur gemacht und danach eine Berufsausbildung, ich bin gelernte Tischlergesellin, und bin dann noch an die Universität gegangen. Ich habe also ein Abitur an einem Gymnasium genossen. Meine Klassenkameradinnen sind aus ganz unterschiedlichen Gründen ans Gymnasium gegangen, auch um das Abitur zu bekommen. Viele von denen haben aber auch das Gymnasium nach der 10. Klasse verlassen, um dann eine Ausbildung zu machen oder das Fachabitur – was auch immer. Wie schon dargestellt wurde, es gibt am Gymnasium Schüler, die verlassen das Gymnasium ohne Abitur, und auch die brauchen die gleichen Lehrer wie die Schüler an der ISS, die das Abitur anstreben. Insofern plädiere ich noch einmal für das gemeinsame Lehramt ISS-Gymnasium.

**Vorsitzende Renate Harant:** Danke, Frau Pinnig! – Herr Schuknecht, bitte!

**Paul Schuknecht** (ISS Friedensburg Oberschule): Ich versuche in der Reihenfolge der Fragen zu antworten. – Frau Remlinger! Ich finde den Aspekt „Praxis als Beruf“ und „Praktikum als Berufsorientierung“ deswegen wichtig, weil in jeder Phase des Lehrerdaseins Berufsorientierung notwendig ist. Das ist einer der wenigen Berufe, die man möglicherweise 40 Jahre lang ausübt. Ich mache das 40 Jahre lang, und man verändert sich in dieser Zeit. Allerdings finde ich den Start besonders wichtig. Dort herauszufinden, ob man diesem Beruf einigermaßen gewachsen ist, finde ich unglaublich wichtig, je früher desto besser, zumindest eine erste Orientierung. Das geht nicht in einem vierwöchigen Praktikum. Das muss in einer längeren Phase passieren, z. B. dass man Widersprüche im Kollegium aushält. Es geht also auch nicht darum, mit dem Einzelschüler oder der Klasse klarzukommen, sondern auch mit den Kollegen in irgendeiner Weise zusammenzuarbeiten, Teamarbeit kennenzulernen, Kompromisse auszuhandeln, mit Eltern zu tun zu haben, also alles Tätigkeiten, die diesen Beruf viel mehr ausmachen als nur die Einzelstunde. Ich finde, das muss man frühzeitig kennenlernen, damit man entweder diese auch unglaubliche Freude an diesem Beruf kennenlernt. Es geht nicht nur um Abschreckung, sondern darum, dass man auf einmal begreift. Es gibt Leute, die merken danach: Jetzt weiß ich endlich, warum ich das machen will. – Das kann also in beide Richtungen gehen. Die Orientierung: Kann ich das weitermachen? – findet immer während unserer Praxis statt. Ich habe auch nach 20 Jahren Lehrerdasein mal überlegt: Kann ich das überhaupt noch weitermachen? Reichen die Kräfte aus? Wie muss ich mich neu orientieren? Das ist immer notwendig.

Zu Herrn Delius: Praktikum in der Ausbildung, Schule möglichst breit oder möglichst auf Ausbildungsschulen begrenzt. – Ich denke mir, es wird Übergangslösungen geben müssen. Am Anfang schaffen nicht alle Schulen das. So wie wir jetzt bei Referendaren merken, gibt es Schulen, die sich noch schwer damit tun, weil sie ohnehin in der Entwicklung neue Wege beschreiten müssen. Ich denke mir, langfristig muss es auf jeden Fall in die Breite gehen. Das sollte man von vornherein auch so anlegen, so wie es in der Referendarsausbildung auch schon geht. Das Entscheidende für die Mentorenqualifizierung ist, dass es eine vielleicht intensivere Input-Phase gibt, wo die fit gemacht werden, aber dann muss es eine ständige Begleitung, einen ständigen Austausch geben. Das muss regelmäßig auch unterfüttert werden. Meines Erachtens könnte das eine Quelle von Unterrichtsentwicklung in Schulen sein, wenn nicht gar die Entscheidende, was die Unterrichtsqualität angeht.

Zu Frau Kittler: Welche Regelungen im Gesetz ich für dringend notwendig halte? – Ich halte es für dringend notwendig, dass man die Einsatzfähigkeit in beiden Schulformen unbedingt festlegt und klarstellt, dass es keine Präferenz gibt, dass sozusagen jemand, der den Master Gymnasial gemacht hat, dann bei der Einstellung oder der Ausstattung mit Unterricht besonders bevorzugt wird. Das fände ich wirklich abwegig. Ich würde das dringend betonen, dass der Einsatz in beiden Schulformen möglich ist, und die Realität ist ja auch so. – Zur Mentorenqualifikation sagte ich bereits etwas. – Was ich für Befürchtungen habe? – Ich habe Befürchtungen, dass z. B. bei einer Teilung, also Master für ISS, Master für Gymnasien, der ISS-Absolvent möglicherweise am Gymnasium nicht angenommen wird, weil er nicht ausreichend qualifiziert ist, dass er nicht in der Sek II eingesetzt wird, weil er angeblich nicht ausreichend qualifiziert ist, oder umgekehrt, dass auch ausgebildete Gymnasiallehrer dann – wie sie sich nennen würden – an der ISS nicht bereit sind, ganz bestimmte Aufgaben zu übernehmen, nach dem Motto: Das kann ich nicht; dafür bin ich nicht ausgebildet. – Alles dies ist so abwegig im Schulalltag, das können wir uns überhaupt nicht leisten. Da hätte ich Befürchtungen, dass das passiert, wenn man diese Unterscheidung macht. Ich komme nachher noch mal auf die Gemeinsamkeiten oder Unterschiede von ISS und Gymnasium zu sprechen.

Für die Lehrerfortbildung würde ich mir wünschen, dass sie dezentral stattfindet, aber auch nicht in den Regionen, wie es zurzeit ist, sondern dass sie durch freie Anbieter ergänzt wird, dass sich auch die Lehrer auf dem Markt anbieten können, dass sie aber gesteuert wird durch eine Art Qualitätsinstitut, das zertifiziert, das steuert, welche Fortbildungen in Berlin gebraucht werden. Die Budgets sollen an die Schulen kommen. Ich finde allerdings, dass es höchste Zeit wird, über ein Punktesystem, oder was immer man sich da einfallen lässt, dass man den Lehrern die Verpflichtung zu bestimmten Fortbildungen, nicht zu beliebigen Fortbildungen, durchaus auch auferlegt.

Zu Frau Bentele: Es ist richtig, dass sich Gymnasien und ISS unterschiedlich in ihren Aufgaben beschreiben, aber es entspricht nicht der Realität, dass sie es durchführen können. In der Praxis ist es so – da bin ich sehr sicher –, dass der größte Teil der Gymnasien, wenn er konsequent nur auf dem verkürzten Weg zum Abitur ausbilden würde, relativ schnell seinen Standort schließen müsste. Das heißt, man müsste alle Schüler, die diesen Weg nicht beschreiten können, also nicht erfolgreich sind, mehr oder weniger schnell loswerden. De facto ist es so, dass Gott sei Dank viele Gymnasien längst ihre pädagogische Verantwortung begriffen haben und sich auch um die Schüler kümmern, die nicht diesen Weg zum Abitur schaffen. Ich finde das richtig und begrüße das sehr. Das müssen sie auch können. – Ein zweiter Aspekt, warum übrigens die Leitbilddiskussion meines Erachtens kläglich gescheitert ist, ich glaube, die Senatsverwaltung sieht das anders, aber ich betrachte das mal aus meinem Blickwinkel – [Zuruf] – Weil uns dieses Bild nicht leiten kann, weil wir im Alltag etwas ganz anderes tun müssen. Wir wissen, dass bei Schülern erst in einer Phase, möglicherweise erst in der 7., 8., 9. und manchmal auch 10. Klasse klar wird, ob sie den Abschluss schaffen oder nicht. Das heißt, wir müssen ihnen von vornherein diese Wege ermöglichen. Wir müssen sie fördern in dieser Richtung. Das ist am Gymnasium übrigens ähnlich. Sie wissen das auch nicht. Gut, Sie können nach einem Jahr feststellen, die ersten, die sich nicht bewährt haben, verlassen dann die Schule, was übrigens für viele Kinder eine Katastrophe ist, wenn sie dann die Schule nach einem Jahr verlassen, aber das steht hier leider nicht zur Debatte. Wir wissen eben, dass es sich erst später herausstellt, und wir müssen sie in dem Sinne von Anfang an optimal fördern und betreuen, sodass dieser höchste Bildungsabschluss, der nun mal in Deutschland als der begehrteste gilt, auch möglich wird. Dann müssen Sie auch sehen, es gibt auch Abiturienten,

die immer schwache Mathematiker waren. Die bedürfen auch eines guten Unterrichtes. Und es gibt stärkere Mathematiker, die nachher in die Berufsausbildung gehen. Es gibt auch innerhalb von Schülern unterschiedliche Begabungen, die angemessen berücksichtigt werden müssen. Meine ganze Argumentation geht auf einen inklusiven Blick auf Schule, und da kann sich keine Schule entziehen. Die Kinder sind alle unterschiedlich, und man muss versuchen, ihnen gerecht zu werden. Die Praxis ist eine andere. Es gibt Gymnasien, wenn Sie da reingehen würden und würden das Türschild nicht sehen und würden danach in eine ISS gehen und würden das Türschild nicht sehen, würden Sie nicht wissen, ob es ein Gymnasium oder eine ISS ist. Das spricht vielleicht auch für beide Schultypen. Es gibt gute Lehrer an beiden Orten, und es gibt auch schlechte Lehrer an beiden Orten.

Das Studium bereitet auf die Möglichkeiten, das Potenzial vor. Das Studium bereitet doch nicht darauf vor, wie ich eine Berufsberatung in der Schule mache. Das haben wir auch erst in den vergangenen 20 Jahren lernen müssen. Und was wir in den nächsten 20 Jahren lernen müssen, wissen wir nicht. Aber eine Offenheit dafür zu haben, dass wir die Kinder lebenswelttauglich und berufswelttauglich machen, sind manchmal ganz banale Dinge. Die müssen sie am Gymnasium genauso qualifizieren, auch wenn sie keinen eigenen Berufsbildungsschwerpunkt haben. Das haben übrigens einige Gymnasien, die klug sind, längst eingerichtet, weil sie der Realität entgegenkommen. Worauf ich plädiere, ist im Grunde genommen: Von mir aus sollen diese beiden Schultypen nebeneinander existieren. Das ist nicht mein Problem. Mein Problem ist, wenn man den Kindern an dem einen Schultyp etwas vorenthält, oder an beiden Schultypen etwas vorenthält, wenn man sagt: Die Beziehungs- und Erziehungsarbeit ist am Gymnasium nicht so wichtig. Wer würde einen solchen Unsinn behaupten? Genauso würde man auch nicht sagen: Die Facharbeit, die fachliche Qualifikation an der ISS ist nicht so wichtig. Deswegen brauchen wir im Grunde genommen – da ich selber als Studienrat an einer ISS arbeite, weiß ich, was es wert ist – hochqualifizierte Lehrer in beiden Bereichen, wenn wir das mal so auseinandernehmen, sowohl in dem erzieherischen und in den Beziehungsfähigkeiten als auch in der Fachlichkeit, und deswegen gibt es keinen Grund, einem auch nur etwas wegzunehmen. Jeder zukünftige Gymnasiallehrer ist gut beraten, sich intensiv mit dem Thema Erziehung und Beziehung zu befassen. Das hat überhaupt nichts mit dem gesellschaftlichen Status der Kinder zu tun. Das hat nichts mit ihrer Herkunft zu tun. Sie sind so unterschiedlich, egal, aus welchen Schichten, aus welchen Bildungsbereichen sie kommen und welche Begabungen sie haben. Ihnen muss die Grundqualifikation, die im Studium erzielt wird, dort angelegt werden, und Spezialisierungen, also den besonderen Situationen an einer Schule gerecht zu werden, müssen bei Training on the job oder Lernen on the job und durch eine gute Weiterbildung, die ich hier noch einmal anmahne, geschehen.

Zuletzt zu Herrn Oberg: Ich denke mir, dass möglicherweise die Teilung in Brandenburg auch dem Flächenstaat geschuldet ist. Ich halte sie nicht für sinnvoll, weil wir insbesondere die Schnittstellenproblematik immer wieder sehen müssen. Wir haben immer wieder das Problem, dass der eine höhere Schultyp oder die höhere Schulstufe sagt: Na ja, wir könnten gute Arbeit machen, wenn ihr da unten nicht so viel Mist gebaut hättet –, um es mal etwas platt auszudrücken. Das heißt, wir denken zu wenig in den Schnittstellen, in den Übergängen, auch in die berufliche Welt, für alle Schüler. Deswegen müssen Menschen in ihrer Ausbildung dafür sensibilisiert werden, dass sie auch immer an das, was danach kommt, denken und immer etwas darüber wissen, was davor gewesen ist. Deswegen finde ich eine solche starre Trennung eher bedauerlich und ärgerlich. Ich würde sehr dafür plädieren, z. B. auch Grundschulelemente in das Studium von Oberschullehrern aufzunehmen, dass sie sozusagen wissen:

Wie kommen die Kinder eigentlich bei uns an? Was haben sie gelernt? Wie können wir das an unserer Schule aufgreifen? – und nicht zu sagen: Das war das eine, und jetzt kommt das andere. – Danke schön!

**Vorsitzende Renate Harant:** Danke, Herr Schuknecht! – Als Letzter Herr Treptow, bitte!

**Ralf Treptow** (Vereinigung der Oberstudiendirektoren): Ich möchte mich bei den Antworten auf die Fragen konzentrieren, die im Zusammenhang mit dem Gesetzesentwurf stehen, und die Antworten auf die Fragen so geben, dass ich nach dem von mir empfundenen Komplexitätsgrad der Frage priorisiere. Die erste Frage, die ich beantworten möchte, ist die zur Stellung des Praxissemesters. Hier möchte ich daran erinnern, dass im Gesetzesentwurf von einem einheitlichen Umfang von insgesamt mindestens sieben Monaten schulpraktischen Studien gesprochen wird. Wir sprechen also nicht nur über das Praxissemester, sondern eigentlich auch noch über einen zusätzlichen Monat. Für die Verortung würde ich Folgendes vorschlagen: Der eine Monat in jedem Fall in der ersten Hälfte des Bachelors. Das Praxissemester in jedem Fall in der zweiten Hälfte des Bachelors, keinesfalls im Master und keinesfalls in der ersten Hälfte.

Die nächste Frage, die ich als einfach empfand, war die nach der Ausbildungsschulen versus Schwerpunktschulen im Praxissemester. Da kann man natürlich prinzipiell beides machen, man muss nur die Realitäten in der Stadt wahrnehmen. Wir haben derzeit von den Lehramtsanwärtern z. B. in einem Bezirk, den ich jetzt nicht nennen möchte, 80 Prozent an Gymnasien und 20 Prozent an der ISS. Wenn wir jetzt sozusagen auch noch dafür sorgen, dass die Gymnasien in demselben Verhältnis auch noch Praxissemesterstudenten betreuen müssten, dann würde man irgendwann Schiffbruch erleiden. Mir sind Gymnasien bekannt, die müssen unterdessen bis zu 20 Prozent ihres Unterrichts mit Lehramtsanwärtern abdecken. Wenn jetzt die Praxissemesterstudenten auch noch dazukommen, ist irgendwann einmal Ende der Fahnenstange. Man muss das also in einem Gesamtkonzept sehen. Das Praxissemester und die Lehramtsstudenten müssen sozusagen gemeinsam betrachtet werden, und da muss man sich entscheiden: Ausbildungsschulen alle oder Schwerpunktschulen?

Die Frage, die ich ebenfalls als einfach empfand, weil ich sie in meiner Stellungnahme schon ziemlich eindeutig beantwortet habe, ist: Welche Teile sind nach meiner Auffassung im Gesetz zu regeln? – Das für mich wichtigste ist die Steuerung. Da kann man vielleicht argumentieren: Na, wenn die Nachfrage zu klein ist, dann richten wir eben nicht mehr ein. – Aber wir müssen auch die Realitäten in unserer Gesellschaft wahrnehmen. Uns ist bekannt, dass bis 2021 über 70 Prozent der Physik- und Chemielehrer Deutschlands aus dem Dienst ausscheiden werden. Wenn wir nicht heute anfangen zu steuern, dann können wir das Fach irgendwann abschaffen. Vielleicht haben wir vorher die Studiengänge abgeschafft, weil es nicht genug Nachfrage gibt, aber irgendwann werden wir dann das Fach abschaffen müssen. Wenn wir nicht steuern wollen, dann müssen wir uns auf diese Situation vorbereiten.

Die anderen Punkte, die ich im Gesetz auf alle Fälle regeln würde, ist zum einen die Frage: Wie sind die Leistungspunkte in dem unterschiedlichen Master zu vergeben? – Ich sehe da durchaus unterschiedliche Ansätze hinsichtlich von Leistungspunkten, die für den erzieherischen Erwerb von Fähigkeiten und Kompetenzen vergeben werden. – Die Frage, die ich auch im Gesetz regeln würde, ist die Frage der Aufgabe und der Zielsetzung der Praktika. Ich würde zusätzlich bei der Einstellung der Lehramtsanwärter den Einstellungstermin regeln. Der ist

momentan äußerst ungünstig im Land Berlin. Es muss geregelt werden: Wie ist das mit der Mentorentätigkeit an den Schulen? Was gibt es wirklich im Prinzip für Schulen, die sich der Mentorentätigkeit im Praxissemester zuwenden, an praktisch unterstützenden Maßnahmen, und demzufolge die Anrechnung. – Die Frage zur Dezentralisierung von Weiterbildung, also zur dritten Phase der Lehrerbildung, sehe ich genauso wie der Fragesteller, muss ich also nicht unbedingt noch mal beantworten. Ich sehe das genauso kritisch, wie wir uns vor zehn Jahren in Berlin entschieden haben.

Jetzt komme ich zu der Frage mit Blick über Berlin hinaus. – Ich teile ausdrücklich den Blick nach Brandenburg. Im Prinzip habe ich – vielleicht habe ich vorhin zu schnell gesprochen oder mich auch nicht gut genug ausgedrückt – etwas Ähnliches als Alternative für die Lehrerbildungsgänge, also die Lehrämter, die im Gesetz angeboten werden, vorgeschlagen. Das kann man ja noch mal nachlesen, wenn man das Wortprotokoll sieht. Ich will aber auf eines verweisen: Wenn wir nach Brandenburg gucken, sollten wir vielleicht auch mal nach Sachsen gucken. Sachsen hat seit 20 Jahren ein Zwei-Säulen-Modell. Sachsen hat seit 20 Jahren im Prinzip Ergebnisse, die in den internationalen Leistungsüberprüfungen ziemlich weit oben sind. Warum gucken wir denn nicht mal, wie dort ausgebildet wird? Dort ist es völlig unstrittig, dass es ein eigenes Gymnasiallehramt gibt. Dort ist es auch völlig unstrittig, dass es ein Lehramt für die sächsischen Mittelschulen geben muss, die nicht umsonst deshalb in dem Bildungsmonitoring jeweils immer so hoch stehen. Also wenn wir schon aus Berlin herausgucken, dann gucken wir bitte auch mal über die Landesgrenzen von Berlin und Brandenburg hinaus!

Die für mich einfachste, aber offensichtlich hier im Forum schwierigste und komplexeste Frage kommt zu dem Unterschied zwischen den beiden Schulformen, weshalb es letztlich notwendig ist, dass mindestens im Master unterschieden wird. Es ist ja nicht so, dass die Leitbilddiskussion so schwierig war, sondern die hat zu einem bemerkenswerten Ergebnis gefunden, dass in dem Moment, wo die Leitbilddiskussion die Unterschiede klar herausgearbeitet hat, die Leitbilddiskussion eingestellt wurde. Wir sollten also nicht so tun, als wenn die Unterschiede nicht klar benennbar sind, sie sind es ja. Ich will mal damit beginnen, nehmen wir z. B. die Klassenstufe 10. Die Klassenstufe 10 am Gymnasium hat eine ganz andere Funktion als die Klassenstufe 10 an der ISS. Am Gymnasium ist sie schon gymnasiale Oberstufe, und an der ISS ist sie sozusagen die letzte Klassenstufe, in der sich entscheidet, ob ein Schüler in die gymnasiale Oberstufe übergehen wird oder ob er mit einem anderen Abschluss die Schule verlässt. Unter dem Gesichtspunkt ist sozusagen schon die Lehrtätigkeit in der Sekundarstufe I völlig anders angelegt, und man sollte die Gymnasien, die sich von vornherein die Frage auf die Fahne schreiben: Wie führen wir möglichst alle unsere aufgenommenen Kinder durchgängig bis zum Abitur? – nicht diffamieren. Das fand ich bemerkenswert, was da heute zum Teil gemacht wurde. Das ist eigentlich gerade die Aufgabe der Gymnasien. In dem Sinne kann ich nur noch mal bestätigen, was ich auch in meiner Stellungnahme gesagt habe: Ich halte unterschiedliche Ausbildungen im Master – mindestens im Master – für notwendig. Eigentlich habe ich Ihnen sogar etwas anderes vorgeschlagen. – Danke!

**Vorsitzende Renate Harant:** Danke, Herr Treptow! – Wir haben jetzt noch zehn Minuten Zeit. Es stehen noch vier Namen auf der Redeliste, und es soll noch eine Antwortrunde geben. Wenn Sie noch eine kurze Frage stellen wollen, ist das sicherlich unproblematisch, aber bitte keine Statements, und bitte hören Sie zu, aber nicht Ihren Kollegen, sondern den eingeladenen

Experten. Wie gesagt, Sie haben die Möglichkeit, das jetzt noch zu nutzen, aber in Kürze. – Frau Schillhaneck, Sie sind die Erste!

**Anja Schillhaneck (GRÜNE):** Vielen Dank! – Ich muss Sie leider enttäuschen. Ich habe mehr als eine Frage. – Zunächst einmal, Frau Pinnig und Herr Treptow: Sie haben eben schon sehr ausführlich gesagt, was Sie denken, was statt in einer Verordnung auf jeden Fall im Gesetz geregelt werden sollte. Sie haben etwas unterschiedliche Vorstellungen, aber das auseinanderzuklämüern ist dann, glaube ich, unsere Aufgabe. Ich wüsste gerne von den drei anderen Anzuhörenden wie sie dazu stehen, dass in dem vorliegenden Gesetzentwurf weitgehende Regelungskompetenzen sowohl der akademischen Selbstverwaltung – das ist dann vielleicht eher eine Frage an Herrn Prof. Kämper – als auch dem Gesetzgeber entzogen und auf die Exekutive verlagert werden sollen. Sie haben durchaus an der einen oder anderen Stelle alle drei auch darauf hingewiesen: Das müsste noch geregelt werden, oder da wüssten Sie gerne wenigstens, was in der Verordnung stehen wird. – An der Stelle wüsste ich jetzt gerne noch mal genauer: Wo sehen Sie noch Regelungsbedarf, der Ihrer Meinung nach definitiv im Gesetz abgedeckt werden sollte? Wo sagen Sie, das, was vorgeschlagen ist, dass man das in der Verordnung regeln sollte, reicht uns in der Verordnung? Wie kommen Sie jeweils zu der Einschätzung, ob es Gesetz oder Verordnung sein sollte? Ich glaube, es ist für uns noch mal relativ wichtig zu wissen, was hier tatsächlich mindestens geregelt werden soll. Ich persönlich bin Anhängerin von Gesetzen, die alles das, was notwendig ist, regeln, aber auch das, was sie nicht regeln müssen, dann bitte auch lieber anders regeln als im Gesetzestext. Von daher wäre mir Ihre jeweils spezifische Sicht, was mindestens geregelt werden muss, sofern Sie das nicht bereits erklärt haben, noch mal ganz wichtig.

Der zweite Punkt, das ist verschiedentlich angesprochen worden, ist: Inklusion ist nicht nur eine Behinderungsfrage, sondern der gesamte Umgang mit Heterogenität. Ich habe bei dem einen oder anderen Statement – Verzeihung, das ist jetzt doch ein Kommentar – den Eindruck gehabt, dass es sehr deutliche Vorstellung davon gibt, was Schule heute ist oder gestern war. Wenn wir uns jetzt um ein Lehrkräftebildungsgesetz kümmern, geht es eigentlich um die Frage, was Schule in zehn Jahren ist. Die Frage ist: Halten Sie gerade den Aspekt einer wachsenden Heterogenität und den Anspruch, mit dieser Heterogenität anständig umgehen zu können im Kontext Schule, für sinnvoll abgebildet in dem Gesetz, oder muss da noch mehr reingeschrieben werden, z. B. über die Rolle von unterschiedlichen Heterogenitätsdimensionen, wie es in der ersten und zweiten Phase oder auch in der Fort- und Weiterbildung abgebildet wird?

Herr Schuknecht! Sie haben sehr deutlich dafür plädiert, nicht nur eine allgemeine Verpflichtung zur Fortbildung aufzunehmen, sondern spezifisch zu sagen, in welchen Bereichen Weiterbildung sein muss. Was wäre denn das für Sie konkret? Was sollen wir da reinschreiben Ihrer Meinung nach? Wenn Sie jetzt sozusagen mal einen Wunschzettel machen könnten, was Sie glauben, was da rein muss.

Es ist kurz schon skizziert worden, wenn ich das richtig verstanden habe, was im Umfang Leistungspunkte usw. für das Problemfeld – so nenne ich es jetzt mal – Kunst- und Musiklehramt wahrscheinlich geregelt werden wird. Es steht nicht im Gesetz. Eine Verordnung haben wir noch nicht. Wir finden das auch aus grüner Perspektive sehr wichtig, dass da die Kritik aus dem Kreise der jetzt schon Studierenden und der Fachlehrerinnen und Fachlehrer der UdK aufgenommen wird. Von daher freut es mich, wenn das klappt. – Ich habe aber noch eine Frage zu einem anderen Bereich, wo wir immer wieder Auseinandersetzungen über

Fachlichkeit in der Unterrichtserteilung haben, und das ist der Sportbereich. Wie stehen Sie denn da? Ist das in Ordnung so, wie das jetzt im Prinzip gar nicht geregelt ist? Oder wären Sie da auch für eine andere Regelung, um eine stärkere Fachlichkeit gerade im Grundschulbereich zu sichern? Bei der Fachlichkeit stellt sich auch die Frage nach der Schnittstelle zwischen der 6. und der 7. Klasse. Frau Hirschmann hatte das schon angesprochen. Halten Sie das für ausreichend geregelt? Ich habe Herrn Schuknecht so verstanden, dass sozusagen, um diese Schnittstelle zu ermöglichen, gerade das Verständnis von Oberschullehrern und Oberschullehrerinnen, mehr oder weniger eine Verpflichtung hermusste, dass die dann auch Grundschulmodule mindestens mitbekommen. Wäre das damit dann abgedeckt, und sehen die anderen Anzuhörenden das auch so? Oder sehen Sie das anders?

**Vorsitzende Renate Harant:** Können Sie sich vielleicht doch irgendwann – – Sind Sie fertig?

**Anja Schillhaneck (GRÜNE):** Wollen Sie mir jetzt allen Ernstes das Wort abschneiden an dieser Stelle?

**Vorsitzende Renate Harant:** Nein, das war eine Frage und ein Appell im Sinne Ihrer Kolleginnen und Kollegen.

**Anja Schillhaneck (GRÜNE):** Das ist eine Frage von Fairness. – [Zurufe] – Dann werde ich jetzt aus Gründen der allgemeinen Fairness meine Fragen zurückstellen, den Anzuhörenden schriftlich im Nachgang zukommen lassen und dann gucken, was ich mit den Antworten anfange. Ich kann nur sagen, ich finde das Gebaren etwas seltsam, sehr seltsam. Wenn Sie kein Interesse daran haben, die Fragen hier allgemein zu beantworten und zu ergründen, dann gerne. – Hier ist mehrfach von der Zeit, die notwendig ist, geredet worden. Ich kenne vor allem eine Fraktion, die hier die ganze Zeit gebremst hat, die schon vor einem Jahr den Prozess mit dem Lehrerbildungsgesetz schlicht und ergreifend verzögert hat. Das waren nicht wir, das waren auch nicht Sie, nicht Sie und nicht Sie. Aber wenn jetzt der Zeitdruck da ist, sodass wir keine Zeit haben, auch nur die Fragen zu hören und die Antworten der Anzuhörenden, dann tut mir das leid. Dann klären Sie das mal untereinander in der Koalition.

**Vorsitzende Renate Harant:** Dann ist jetzt Frau Remlinger an der Reihe.

**Stefanie Remlinger (GRÜNE):** Ich bedanke mich für den Hinweis, Frau Harant, dass wir jetzt nicht die politische Diskussion führen. Ich habe auf der inhaltlichen Ebene den Fragen meiner Kollegin wenig hinzuzufügen, bitte aber noch einmal um den Zeitplan der weiteren Behandlung dieses Themas, wann die Auswertung und die politische Diskussion stattfinden werden können. Ich bitte ausdrücklich darum und finde es etwas befremdlich, dass hier nicht einmal mehr der Senat vertreten ist, dass wir – – [Zuruf] – worum ich bitte, das kann mir nur Herr Rackles zusagen, es ist insofern schwierig –, die Verordnungen dann auch bis Januar in Entwurfsform und meinerwegen als vertrauliche Fassung zu sehen bekommen, denn es ist ein zentraler Punkt unserer Kritik, dass sehr viel in diese Verordnungsebene geschoben wird, wovon wir auch befürchten müssen, dass auch das mit koalitionären Problemen zu tun hat. Das wäre meine ausdrückliche Bitte, die zwei Fragen. Wir hätten gerne die Entwürfe für die Verordnungen, und wir hätten gerne eine zeitliche Aussage, wann die Beschlussfassung auf den Weg kommt.

**Vorsitzende Renate Harant:** Das werden wir sicher gleich in der Sprecherrunde ansprechen, wann wir die Auswertung der Anhörung machen. Das wird vermutlich im Januar sein. Ich will da nicht vorgreifen. Das müssen wir gemeinsam besprechen. Ich werde das mit den Verordnungen, was Sie gesagt haben, an Herrn Rackles gleich weitergeben. – Frau Kittler!

**Regina Kittler (LINKE):** Es ist jetzt ein bisschen schwierig aufgrund der Zeit. Was für mich noch nicht hinreichend geklärt ist, sind die Angebote für die Weiterbildung, die meines Erachtens auch mal diskutiert werden müssten im Zusammenhang mit einer Steuerung für Mangelfächer, denn hier könnte man eine einführen, indem man z. B. mal überlegt, in der dritten Phase der Ausbildung entweder ein Direktstudium zu ermöglichen bzw. ein schulbegleitendes Studium in Mangelfächern. Da würde mich interessieren, welche Möglichkeiten Sie da sehen würden. Um auch die Durchlässigkeit zu erhöhen, könnte man da auch wieder Elemente der anderen Schulamtslaufbahnen mit in die Weiterbildung nehmen. Bei dem Praxissemester und der Vorbereitung der Mentoren hatte ich eigentlich noch eine Frage an den Senat. Vielleicht kann er das übermittelt bekommen. Wie viel Arbeitszeit wird eigentlich den Schulen bzw. den Mentoren zusätzlich für die zusätzliche Arbeit bereitgestellt? Was ist da angedacht? Wie viele Mittel werden wir dann im darauffolgenden Haushalt einstellen müssen?

Die weitere Frage ist noch, das haben wir heute überhaupt noch nicht besprochen, wir haben das gestern im Wissenschaftsausschuss schon genannt, der Ausschuss für Lehrerbildung. Da würde mich von Ihnen noch interessieren, der soll ja nach diesem Gesetzentwurf gestrichen werden. Was halten Sie davon?

An den Senat hätte ich noch die Frage, in welcher Verordnung die Fächerkombinationen festgelegt werden. Wird das die Lehramtszugangsverordnung sein, oder wo?

**Vorsitzende Renate Harant:** Danke, Frau Kittler! – Herr Schlede als Letzter!

**Stefan Schlede (CDU):** Ich stelle einmal fest, was die Anhörung heute noch an für uns zu klärenden und offenen Fragen gebracht hat. Das ist auf der einen Seite die Differenzierung der Studiengänge. Das ist auf der anderen Seite die Ansiedlung der Praxissemester, wo ich eine breite Orientierung Richtung mehr Bacheloransiedlung gesehen habe, nicht im ersten Semester, wie Sie es probiert haben, sondern eher im vierten oder fünften Semester, um auch dem Gesichtspunkt der Professionalisierung Rechnung zu tragen und nicht nur der Berufsorientierung, die aber mit Sicherheit schon größer wäre, wenn man sie im Bachelor ansiedeln könnte. Es ging um die Frage der Fort- und Weiterbildung. Frau Hirschmann hat mit Recht darauf hingewiesen, man könnte ja nach 35 Jahren, eventuell auch früher, auf die Idee kommen, auch andere Schulformen ins Visier zu fassen. Das wäre eine dringende Aufgabe für die Fort- und Weiterbildung. Sie wäre dort durch Zusatzstudien zu verankern. Die Frage der UdK ist nach wie vor wichtig bezüglich Kunst und Musik. Die Frage der Durchlässigkeit generell zwischen den einzelnen Studiengängen. Die Inklusionspädagogik ist genannt worden. Wenn wir die Inklusion als ein durchgehendes und notwendiges Moment der Lehrerausbildung sehen, müssen die Universitäten entsprechend vorbereitet sein, dann kann das nicht an einer Universität konzentriert sein. Das allein reicht nicht aus.

Ich mache als Letztes noch einmal darauf aufmerksam, das war auch durchgehend hier ein Problem, dass der Regelungsbedarf zwischen Gesetz und Rechtsverordnung eindeutig geklärt werden muss und nicht nur im jetzigen Zustand so belassen werden kann. Da müssen wir



schon wissen, wo wir in Gänze dran sind. Ich will das aus meiner Sicht nur mal so zusammenfassen, als eine Form der Probleme, die wir in der nächsten Zeit noch zu bewältigen haben. – [Zuruf von Stefanie Remlinger (GRÜNE)] –

**Vorsitzende Renate Harant:** Dann stelle ich jetzt auf Wunsch der Kollegen gleich an Herrn Rackles die Frage nach den Verordnungen, weil er das gerade nicht mitbekommen hat. Wann können sie vorgelegt werden, dass man sie in Zusammenhang mit dem Gesetzesentwurf dann auch beraten kann?

**Staatssekretär Mark Rackles (SenBildJugWiss):** Normalerweise werden sie nach dem Gesetz beraten, aber natürlich hängt das alles kausal zusammen. Zwei davon sind im Moment mit den Universitäten auch in Abstimmung. Die Lehrgangszugangsverordnung ist die, die Sie erfragt hatten. Die Prüfungsverordnung für den Vorbereitungsdienst ist in trockenen Tüchern, in dem Sinne, dass sie jetzt erstellt wurde. Weiterbildung, das ist, wie gesagt, das Dritte, wird bis Weihnachten, Anfang Januar so weit sein, dass man das kommunizieren kann. Bei der Lehrgangszugangsverordnung würden wir im Dezember in der Lage sein, Ihnen den Entwurf vorzulegen. Wie gesagt, spätestens im Januar zur Sitzung, wenn es hier aufgerufen ist, wird man das im Kontext diskutieren können, wobei das Ganze erst in Kraft tritt und gültig wird, wenn das Gesetz dann unterwegs ist. Das ist klar. Wir sind noch im Abstimmungsprozess mit den Universitäten in den Feinheiten, aber wenn man den Entwurf diskutieren will, dann kann man sich das angucken. Die Frage, die ich mitbekommen hatte, steht auf Seite 35. Die Mentoren, die Kosten, die Anrechnungsstunden finden Sie auf Seite 35 der Senatsvorlage.

**Vorsitzende Renate Harant:** Gut, dann halte ich fest, dass wir da auch Entwürfe der Verordnungen bekommen werden, sodass man die in die Diskussion mit einbeziehen kann. – Jetzt richte ich noch mal an unsere Experten das Wort. Sie haben mitbekommen, welche Fragen gestellt wurden, zum Teil sehr umfangreich. Wer jetzt auf bestimmte Fragen antworten möchte, stelle ich Ihnen frei. Ich fange einfach mal bei Herrn Treptow wieder an. Möchten Sie sich noch einmal äußern? Herr Schuknecht? – Bitte!

**Paul Schuknecht (ISS Friedensburg Oberschule):** Ich würde ganz kurz noch etwas zu dieser Relation Verordnung und Gesetz sagen. Ich denke, Sie sind eher die Experten. Ich vertraue meinem Dienstherrn und der Senatsverwaltung, dass die guten Willens sind und das richtig machen. Ich vertraue viel weniger dem Finanzsenator an dieser Stelle. Das heißt, alles, was nicht muss, wird auch nicht gemacht. Diese Relation müssen Sie als Experten herausfinden. Letztendlich würde ich schon sagen, es muss der Geist klar werden im Gesetz und das Detail in der Verordnung, aber diesen Aspekt dabei, dass möglicherweise Sachen unter den Tisch fallen, weil sie dann nicht finanzierbar sind, da ist meine Befürchtung dann doch relativ groß.

Ich finde, dass aus einem Lehrkräftebildungsgesetz deutlich werden muss, dass die Schule der Zukunft eine inklusive Schule ist, egal, welche Schulformen wir haben. Das heißt, alle Lehrer müssen in der Lage sein, der Individualität der Kinder gerecht zu werden und sich mit der Heterogenität endlich abzufinden. Es ist Quatsch, dagegen anzukämpfen. Wir wissen das seit 40 Jahren, dass die Kinder unterschiedlich sind. Es gibt übrigens genügend Konzepte, damit umzugehen. Es ist nicht so, dass wir das Rad neu erfinden müssen, aber wir haben uns lange Zeit, übrigens auch in meinem Schultyp, das gebe ich ganz offen zu, in der Gesamtschule, lange Zeit dagegen gewehrt und haben versucht, die Kinder in verschiedene Raster einzutüten. Nun wissen wir endlich, dass das nicht mehr die Schule der Zukunft ist und das das übrigens auch die erfolgreichen Ländern, wenn man PISA heranzieht, nicht machen.

Eine Kleinigkeit zu Fortbildungsthemen: Ich denke, der Weg muss sein, dass in den Schulen die Themen gefunden werden, dass über die Schulprogrammentwicklung danach ein Konzept

entwickelt wird, wir bilden uns fort, und dass sich dem keiner entziehen kann, so: Ich habe keine Lust dazu, ich mache das nicht, – das kann nicht gehen –, dass auch Schulleiter in Einzelfällen Kollegen beraten können, die Fortbildungsbedarf haben, um ihren Job ordentlich zu machen, dieses auch machen können müssen, und dass klar ist, dass Kolleginnen und Kollegen immer noch weiterhin machen können, was sie interessant finden, ich würde das nicht einschränken, aber dass man ganz bestimmte Dinge vorantreiben kann, weil man auch in der Lage ist, Kolleginnen und Kollegen dazu zu verpflichten, Fortbildungen dazu wahrzunehmen. Wie gesagt, das Problem sehe ich an einer ganz anderen Seite, dass es nicht genügend vernünftige Angebote und auch oft nicht genügend Zeit dafür gibt.

**Vorsitzende Renate Harant:** Herr Professor!

**Prof. Dr. Michael Kämper-van den Boogaart** (HU Berlin): Ich will auf drei Sachen kurz eingehen. Der erste Punkt: Inklusion. Es ist nicht richtig, dass das nur an der Humboldt-Universität gelehrt wird. Bei uns gibt es die sonderpädagogischen Fachrichtungen, das ist richtig, aber das Inklusionslehrangebot, das es für alle Lehrämter gibt, findet auch an allen Universitäten statt. Insofern würde ich da zurückweichen. Ich bin auch ein bisschen skeptisch, weil Sie Inklusionspädagogik sagten. Es ist immer leicht. Man bildet ein neues Kompositum, weil man ein gesellschaftliches Problem hat, aber dann hat man noch keine forschungsbasierte Wissenschaft. Insofern müssen wir da auch sehen, dass wir bestimmten Qualitätsstandards entsprechen, wobei ich das jetzt gar nicht im Detail beurteilen kann.

Ein Praxissemester im Bachelor würde gar nicht funktionieren, wenn Sie an das 90-60-30-Modell denken, das wir brauchen, um die Polyvalenz des Bachelors aufrechtzuerhalten. Halten Sie die Polyvalenz nicht auf, dann hätten Sie im Prinzip die Schwierigkeit, dass Sie dann jedem auch einen Masterplatz garantieren müssten, und Sie würden sich ein Stück weit vom Bologna-Prozess verabschieden, denn ein Praxissemester wird logischerweise schon allein 30 ECTS-Punkte in Anspruch nehmen, und das werden Sie fachdidaktisch und erziehungswissenschaftlich nicht unvorbereitet machen wollen, also müssten Sie da weitere ECTS machen. Das ist von der Konstruktion her meines Erachtens abwegig.

Verordnung, Gesetz: Auch wir haben uns natürlich dazu geäußert, dass es für uns als Universitäten wichtig ist, dass wir möglichst über *longue durée* eine Sicherheit haben. Gesetze kann man auch ändern, wie Sie viel besser wissen als wir, aber das nimmt Zeit in Anspruch, setzt bestimmte Legitimationsstrukturen etc. voraus. Bei Verordnungen kann das schneller gehen. Insofern wären wir grundsätzlich auch mehr an gesetzlichen Regelungen interessiert. Auf der anderen Seite spricht natürlich auch die Anpassungsfähigkeit an veränderte Bedingungen für Ordnungsmodi. Solange wir die Hoffnung haben, ähnlich wie in Gesetzgebungsverfahren, zwangsläufig partizipieren zu können, wenn es um Verordnungen geht, können wir damit leben, aber ich kann auch den parlamentarischen Vorbehalt natürlich nachvollziehen.

**Vorsitzende Renate Harant:** Danke, Herr Prof. Kämper! – Frau Hirschmann!

**Inge Hirschmann** (Grundschulverband): Ich würde gerne noch mal – ich habe das ja schriftlich hinterlegt – auf einen Aspekt eingehen. Verlangen Sie bitte nicht von mir als gelernter Grundschullehrerin, dass ich weiß, ob das in die Verordnung kommt. Ich weiß auch, dass es so nicht ins Gesetz kommt, aber ich würde es mir wünschen, die Empfehlung Nr. 17 aus dem Beirat, Ressourcen für die Fort- und Weiterbildung des gesamten Schulteams einzuplanen.

Das heißt, das ist in einem solchen Prozess eine Vertrauensfrage. Herr Schuknecht hat es schon angesprochen. Er vertraut unserer vorgesetzten Behörde weitaus mehr als einer anderen. Der Dreh- und Angelpunkt ist Geld. Mehr will ich dazu nicht sagen.

**Vorsitzende Renate Harant:** Dann bleibt mir nur noch, mich bei Ihnen zu bedanken. Wir haben Sie über eine lange Zeit ziemlich strapaziert. Ich bedanke mich für Ihre Ratschläge, für Ihre Perspektiven und Meinungen, die Sie uns mitgeben. Wir werden dazu dann auch noch das Wortprotokoll lesen und auswerten und dann hoffentlich auch ein gutes Gesetz zustande bringen. Ich wünsche Ihnen trotz Sturm, der sich offensichtlich noch nicht so richtig entfaltet, einen guten Heimweg und bedanke mich noch einmal.

#### Punkt 4 der Tagesordnung

- |    |   |   |
|----|---|---|
| a) | Antrag der Fraktion Die Linke<br>Drucksache 17/1079<br><b>Berufliche Perspektiven fördern – Landesgesetz zur<br/>Anerkennung im Ausland erworbener<br/>Berufsabschlüsse</b> | <a href="#">0149</a><br>BildJugFam(f)<br>ArbIntFrau |
| b) | Vorlage – zur Beschlussfassung –<br>Drucksache 17/1220<br><b>Gesetz über die Anerkennung ausländischer<br/>Berufsqualifikationen</b>  | <a href="#">0171</a><br>BildJugFam(f)<br>ArbIntFrau |

Vertagt.

#### Punkt 5 der Tagesordnung

##### **Verschiedenes**

Siehe Beschlussprotokoll.